

Die Gewerkschaft

Organ des Verbandes der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

XXX. Jahrgang

Berlin, 20. August 1926

Nummer 34

INHALTSVERZEICHNIS

Das Arbeitslosenproblem ein europäisches Problem	k. z.
Was lehrt uns Wien? II. (Schluß)	G. R.
Unser Mitgliederstand am 1. August 1926	
Wirtschaftspolitische Theorien	H. Aruse
Die Verteilung der Bevölkerung	G. Höfster
Die konstruktive Idee des Sozialismus	H.
Den englischen Staatsbediensteten soll das Koalitionsrecht genommen werden	D. Weingart
Niederländischer Verbandstag in Arnheim	E. D.
Briefe von der Gesolei. IV.	Edi.
Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter • Aus der Spruchpraxis • Bildungsarbeit • Aus den deutschen Gewerkschaften • Landstrafenwärter • Aus unserer Bewegung Internationale Rundschau • Rundschau	



Schriftleitung: Emil Dittmer

Redaktion und Expedition: Berlin SO 33, Schleifische Straße 42 / Telefon: Moritzplatz 3105/06, 119 44

Beste Menschen voll Kraft und Schmalz gibt Dr. Hübeners Lebenssalz
 Schachtel 1.- Mk. in Apotheken u. Drogerien

Billige böhmische Bettfedern!
 Ein kg. graue, geschliss. M. 3.-, halbweiße M. 4.-, weiße M. 5.-, bess. M. 6.-, 7.-, daunenweiße M. 8.-, 10.-, beste Sorte M. 12.-, 14.-, weiße ungeschliss. M. 7,50, 9,50, beste Sorte M. 11.- Versand portofrei, zollfrei gegen Nachn.
 Muster frei, Umtausch u. Rücknahme gestattet. Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 248, b. Pilsen, Böhmen.

D. R. G. M. Neu! Regenhaut Bequem!
 Zusammenlegbar in Größe eines Zig.-Etuis, federleicht, unverwundlich, absolut wasserdicht. Preis per Stück Mark 9,75
 Praktisch für Herren u. Damen edel beruht auf Reisen, Ausflügen, Sommerfischen, Sport usw. Macht lästigen Gummimantel u. Schirm überflüssig. Liefere Regenhautstoff auch zur Selbstanfertigung. Prospekt gratis. Stoffproben 30 Pfg.

Pelermine in der Westentasche
 versand a. Paraffin Volttauen Stick Mk. 2,50. Versand gegen Nachn. / Umtausch gestattet
 A. G. Michel, Dresden, Mathildenstraße 56

TESCHINGS
 15 cm lang 2,75 Mk.
 Revolver, Kal. 320, 7,50 Mk. Luftgewehr von 4,75 Mk. an. iF
 Waffen-Pauly, Bergedorf 48.

Lindcar
Das bewährte Fahrrad
 Lindcar-Werke, Akt.-Ges.
 Berlin-Lichtenrade

Nur 15 Pfennig pro Tag
 zahlen Sie für eine echte Schweizer 800/000 silberne Herrentaschenuhr mit 14 Krt. Goldrändern. Zahlar in 6 Monatsraten à 4,50 M., > 27.- M. einschli. Etuis. Kein Geld voraus, keine Nachn. Fordern Sie Liste über goldene Damen- und Herrenuhren, Uhrketten u. Geschenkartikel. Reelle Bedienung / Pa. Referenzen P. Ernstsohr, Roßwein/Sa. 20

Fahrräder
 direkt ab Fabrik auf Teilzahlung
 Verlangen Sie unseren Katalog
 Gebr. Landwehr, Fahrradwerk, Herford

Wittmanns
 Harmonika-, Sprechapparate-Fabrikation. Niedrigste Preise. Schallplatten Mark I.-, Ernst Heß, Nachf., Gebr. 1872, Klingenthal, Sa. 189. Großer Katalog gratis.

Tausende Dankschreiben aus Beamtenkreisen!
Garantie-Fahrräder
 mit Freilauf
 für Herren **72.-**  **80.-**
 für Damen
 Man verlange kostenlos Katalog von der **Fahrradfabrik Sigurd Gesellschaft, Cassel 107**
 Für Beamte erleichterte Zahlungswaise.

1000 Marken-Fahrräder
 (Fabrikat OPAL)
 Herren- und Damenräder
 Wochenrate Mark 5.-
ohne Anzahlung.
 5 Jahre Garantie sch. litleh!
6 Tage zur Ansicht
 mit Rücksendungsrecht, um sich von der Qualität zu überzeugen.
FAHRRAD SEIP
 FRANKFURT/M., ZEIL 18.
 Katalog und Prospekte gratis (F)

Rot-Kugelhase
 best. Jahr 2. Serie, 2 Lige - 3 1/2 Mk. 5.- Edelstein - 200 gub. Karat über Mk. 1 1/2. K. Seibold, Norderf. (Holstein) Nr. 119/122.

Heimarbeit vergibt P. Hottler, Dresden 14.
 Gummi Saug. etc. hyg. Artik. Preis s. grat. Pharm. hyg. Industrie Medicin, Berlin 54. Februarstr. 25 c.

U Lest die Urania

PRISMENGLÄSER
 (F) hohe Lichtstärke, scharfes Bild, Mitteltrieb, in eleg. Rindlederetui
 A. 6x24 Mk. 75.- B. 8x27 Mk. 84.- C. Prismen-Theaterglas in eleg. Etui m. Spiegel 3 1/2 x 15 Mk. 99.- zu Originalpreisen ohne Aufschlag, ohne Anzahlung, in Monatsraten zu 10.- Mk. Rücksendungsrecht bei Nichterfüllen. / Erste Rate bei Lieferung.
 J. Rosenbaum, Optik und Feinmechanik, Carlstr. NW 23, Siegenwäldchen 14

HERREN-ARTIKEL
 Max Becker (F)
 Berlin, Turmstr. 36 (im Kränzel)
 Bekanntes Spezialgeschäft für Handschuhe, Kravatten, Hüte usw. zu exakt bill. Preisen.

Westerland
 ist das ideale Nordseebad **Bequeme Reisewege** **Mäßige Preise.**
 Man verlange Prospekte in den Reisebüros oder durch die Badeverwaltung. (F)

Verlag des Bibliographischen Instituts, Leipzig
 Soeben erscheint in siebenter, neubearbeiteter Auflage:
MEYERS LEXIKON
 12 Halbbänder
 Über 180.000 Artikel auf 20.000 Spalten Text, rund 5.000 Abbildungen und Karten im Text, fast 800 z. T. farbige Bildertafeln und Karten, über 200 Textbeilagen
 Band I, II u. IV kostet je 30 M., Band III 33 M.
 Sie beziehen das Werk durch jede gute Buchhandlung und erhalten dort auch kostenfrei ausführliche Ankündigungen

MONATLICHE TEILZAHLUNG!
Elegante Herrenkleidung
 fertig und nach Maß zu soliden Preisen.
 Garantie für guten Sitz und gute Verarbeitung.
 Ledermantel, Gummimantel in großer Auswahl.
 Spezial-Abteilung: Anfertigung eleganter Damenmoden nach Maß. (F)
Julius Fabian Maßschneider
 Berlin, Gr. Frankfurter Straße 37, nur 2. Stock
 Mitglieder 20% Rabatt

Kaufhaus Wilhelm Joseph Schöneberg
 Großgörschenstr. 1 Hauptstraße 168
Stets enorm vorteilhafte Angebote in allen Abteilungen des Kaufhauses
 Mitglieder 5% (F)

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 33
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)
Sprechstunde: Amt Mottkoplak 11944

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag.
Bezugspreis:
monatlich durch die Post 50 Pf.

Das Arbeitslosenproblem ein europäisches Problem



Es zeigt sich immer deutlicher, daß der Weltkrieg eine vollständige Neueinteilung der Industrien aller Länder, ja der ganzen Erde, herbeigeführt hat. Die gewaltigen Ereignisse ist eben auf alle Volkswirtschaften der Erde nicht ohne Einfluß geblieben. Alle Industrieländer haben an Einfluß, teilweise, zu mindestens bei gewissen Industriearten, sogar ihre Weltgeltung verloren. Neue Industrieländer, Wirtschaftsgebiete und zusammenhängende größere Märkte sind entstanden. Nach Rückkehr der alten Industrieländer zu ihrer Vorkriegsproduktion zeigte es sich bald, daß durch die Einbeziehung neu entstandener nationaler Industrien in den Kreislauf der Weltwirtschaft die industrielle Weltkapazität sich so erweitert hat, daß Produktion und derzeitige Möglichkeit des Verbrauchs der erzeugten Güter, in einem argen Mißverhältnis stehen.

Von den intervalutarischen Ländern abgesehen, jagt in den übrigen Ländern eine Krise die andere. Die sechs Millionen arbeitslosen Industriearbeiter, die Europa zurzeit mitschleppen muß, sind eines der Resultate der industriellen Ueberföhrung. Andererseits drücken diese Millionen die an sich schon geschwächte Kaufkraft weiter herab und verhärfen die Misere. Die kapitalistische Welt aller Staaten ringt um einen Ausgleich, aber sie überficht, daß das Problem kein nationales, sondern längst ein Weltproblem geworden ist, oder auch, wenn man enger und näherliegend denken will: ein europäisches Problem.

Der Kampf um Ausbaltung des künstlich und treibhausmäßig Entwickelten ist in der europäischen Wirtschaft besonders notwendig, aber auch ein besonders schwieriger. Die neu zur Industrialisierung gelangenen europäischen Staaten wollten naturgemäß ihre hochgeprägten Industrien beibehalten, ja, wenn in- und möglich, weiter nach aufwärts entwickeln. Demgegenüber führen die alten Industrieländer einen scharfen Kampf, um ihre ehemaligen, aber durch den

Krieg verloren gegangenen Märkte wieder zurückzuerobern. Nun ist eines sicher: Manche der durch den Weltkrieg in dem industriellen weltwirtschaftlichen Wettbewerb eingetretenen Staaten werden ihre durch Krieg und Nachkriegszeit errungene

Position nicht auf die Dauer behaupten können. Sie werden im Wettbewerb gegen die älteren Industrieländer in vielen Punkten nicht bestehen können. Weder im Preis noch bei der Güte der Waren. Soweit Europa in Frage kommt, ist dies z. B. bei Spanien, Portugal, Dänemark, Norwegen, den neugebildeten Staaten im Osten und einigen Erben der ehemaligen Habsburger Monarchie unvertennbar. Selbst Italien kann sich auf manchen Industriegebieten nicht dauernd behaupten. Oft waren auch mangels der Rohstoffbasis die Voraussetzungen für diesen oder jenen Industriezweig gar nicht gegeben, und nur durch die besonderen durch den Krieg veranlassenen Verhältnisse waren diese Industriezweige rentabel und lebensfähig. — Aber nun das Künstliche eines solchen Industriezweigs zu erkennen und nur solche Industriezweige zu fördern, die wirklich die Voraussetzungen für den Wettbewerb boten, dazu waren die einzelnen europäischen Sonderwirtschaften aus nationalen Gründen nicht zu haben. Sie gingen vielmehr, um die nicht wettbewerbsfähigen Industriezweige weiter aufrecht zu erhalten, zur protektionistischen Wirtschaft über. Der Kern der protektionistischen Wirtschaft sind Staats-subsidien, also Zuschüsse zu den Produktionskosten, um dadurch die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt zu steigern. Dieses System wird in der Regel weiter unterstützt durch Erhöhung von Zollschranken zugunsten der Industrien, die man schützen will. Die Folge eines solchen protektionistischen Wirtschaftssystems ist, daß die heimischen Industrieprodukte an Qualität hinter den Produkten der Wettbewerber zurückbleiben und trotz schlechterer Qualität die Produkte der heimischen Industrie in einer gewissen Preishöhe gehalten werden, die über dem Weltmarktpreis liegt.

Nur solchen protektionistischen, vom nationalen, aber wirtschaftlich durchaus falschen und das ganze Volkswohl schädigenden Gesichtspunkten werden heute fast alle europä-

Die Arbeiter

Des reichen Mondes Schneeglantz liegt
Auf steile Dächer hingeidmicht.
Da rauscht Gejang aus tiefer Nacht,
Arbeiter ziehn in Schritt und Tritt;
Kolonnen und die Föhnen mit,
Besenert von des Viebes Nacht.

Sonst schreiten sie in Eisenstienen
Femüßig und gebüdt von Tienen,
Die Herzen leer und das Gesicht,
Doch ausgehaut sind sie voll Blut,
Ein Strom, der schäumt im Wagemut,
Den rot beglänzt der Zukunft Licht.

Tags stehen sie im Arbeitsaal.
Die Stunden runden sich in Qual.
Hoh schüert in Herzen Wände.
Die Arbeit ist ein Molochstier.
Sie krißt aus Grausamkeit und Gier
Und füllt den Ferra die Fände.

Kracht abends das Fabriklor zu,
Tröhnt bald auch unterm harten Schuß
Das graue Vorstadtfläcker.
Den Aufschweiß aus den Wundenmalen
Der Fernsten trinkt aus Festpolalen
Der Reichtum und das Kaster.

Mettaulendstrahlig aber glühn
Die Sterne über Leid und Mühn.
Und Wald, der schlief, beginnt zu saufen.
Die Zukunft steigt aus Traumesnacht.
Gewalt zerbricht und Recht wird Nacht.
Die Sterne der Erlösung draußen.

Johannes Schönperr in „Heimstunden“.

schen Länder geleitet. Namentlich die neugebildeten, oder die durch Friedensverträge erheblich vergrößerten europäischen Staaten sind dem protektionistischen Wirtschaftssystem unterworfen. Alle diese europäischen Staaten haben eben das Bestreben, neben der erlangten oder erweiterten staatlichen Selbständigkeit auch zur wirtschaftlichen Selbständigkeit zu kommen. Ein protektionistisches Wirtschaftssystem aber hat nicht nur zur Folge, daß teuer und minderwertig produziert wird, sondern auch daß die heimische Kaufkraft erheblich herabgedrückt wird. Diese durch die protektionistischen Wirtschaftstendenzen herbeigeführte verringerte Kaufkraft in allen europäischen Wirtschaften ist das große Uebel, unter dem, neben anderen Ursachen, die gesamte europäische Wirtschaft heute leidet: So wird auf der einen Seite die Konsumkraft der großen Allgemeinheit erheblich herabgedrückt und auf der anderen Seite das Wirtschaftsleben aller Staaten erheblich erweitert. Und in diesem unausgeglichenen, künstlich, durch außerhalb der Wirtschaftswelt liegende Kräfte und Energien zerrütteten europäischen Wirtschaftsleben muß naturgemäß eine Krise der andern folgen. Seit Jahren ist die europäische Wirtschaft nicht krisenfrei gewesen und wird es auch nach Lage der Verhältnisse in den nächsten Jahren nicht werden können, wenn nicht auf dem Boden der Verständigung Europa zu einer vollständigen Neueinteilung der Industrien und einer grundsätzlichen Aufgabe der protektionistischen Wirtschaft kommt. Die Zollschranken und die Subventionen der heimischen Industrien aus politischen Gründen müssen fallen. Dann wird die Allgemeinheit aller europäischen

Staaten die Waren billiger und in besserer Güte kaufen können, als es bisher möglich ist. Es ist klar, daß, wenn die Warenpreise in ganz Europa von den Subventionen und den Schutzzöllen entlastet und um diese Differenz billiger werden, die Kaufkraft sich erheblich verbessern muß.

Das ist aber der springende Punkt, wenn die sechs Millionen Arbeitslose, die Europa zurzeit mit durchschleppen muß, wieder in den Produktionsprozeß eingeschaltet werden sollen. Neben der gesteigerten Kaufkraft werden dann auch diese neu wieder als Käufer auftretenden Millionen das europäische Wirtschaftsleben beleben und befruchten können. Der Gedanke, der jetzt in gewissen Wirtschaftskreisen propagiert wird, eine europäische Zollunion, ein wirtschaftliches Pan-Europa, zu schaffen, ist daher auch für die Gewerkschaften auf keine Verwirklichung hin zu prüfen. Denn gerade die Gewerkschaften haben ein Interesse, wenigstens den ihnen am nächsten liegenden europäischen Markt in einer gewissen Ordnung und wirtschaftlichen Planmäßigkeit zu sehen. Eine solche paneuropäische, zollunionistische wirtschaftliche Planmäßigkeit mit internationaler Zusammenarbeit, produktiv fördernden Kartellvereinbarungen, Zollherabsetzungen und Verkehrsvereinfachungen wird zweifellos den Boden für größere Märkte, größere Absatzgebiete, gesteigerte Leistungsfähigkeit, bei verbilligter Produktion, abgeben. Und eine solche Wirtschaft bietet auch die Ausichten, das Arbeitslosenproblem, das zu einem europäischen Problem geworden ist, in begrenzter Möglichkeit zu lösen, soweit ein solches Problem in einer kapitalistisch orientierten Wirtschaft überhaupt lösbar ist. k. z.

Was lehrt uns Wien?

II.

(Schluß.)

Die Schrift Dannebergs legt dann im einzelnen dar, wie die Straßenreinigung durch Aufstellung von Rehröhen reformiert wurde. Für die Müllabfuhr wird bis zum Jahre 1927 für ganz Wien ein System staubfreier Abfuhr eingeführt. Die Abfuhr des Mülls aus den Wohnungen erfolgt kostenlos. Das Badewesen ist sehr erweitert worden, so daß im Jahre 1925 6,5 Millionen Menschen die städtischen Badeanstalten besuchten. Das ist mehr als die gesamte Einwohnerzahl ganz Oesterreichs. Dazu kommt die Fertigstellung des Amalienbades im Jahre 1926, das wohl das größte Bad Europas ist und dessen Bau 10 Millionen Schilling (6 Millionen Mark) erforderte. Die Parkanlagen sind wieder instand gesetzt, alte Friedhöfe in Gärten verwandelt worden. Die Straßenbeleuchtung, die bei Gas auf 42 Proz., bei Elektrizität bis auf 16 Proz. des Vorkriegsstandes eingeschränkt war, ist nunmehr auf das Fünffache der Vorkriegsbeleuchtung erhöht worden. An der Schrift wird dann weiter ausgeführt:

„Außerordentliche Sorgfalt wird der Aufgestaltung der städtischen Feuerwehre zugewendet. Sie kann sich stets die neuesten Errungenschaften zunutze machen und ist wohl eine vorbildliche Einrichtung. Jetzt wird daran gearbeitet, durch eigene Kabinanlagen die ständige Verbindung der ausgerückten Löschzüge mit der Zentrale und den Mutterstationen zu ermöglichen.“

Zur Verbesserung der Lebensmittelversorgung Wiens wurden die Märkte ausgebaut. Ein neuer richtiger Kontinuummarkt und Seidenhof für Schlacht- und Stechvieh zur Verbesserung der Fleischversorgung gebietet wohl zu den größten technischen Leistungen auf diesem Gebiete. Die Lebensmittelversorgung durch Kommunalisierung unmittelbar zu organisieren, konnte die Gemeinde sich bisher nicht entschließen, zumal es auch an den gesetzlichen Grundlagen fehlt. Doch ist sie an der Wiener Obst- und Gemüsestelle mit fast dem halben Aktienkapital, bei der land- und forstwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft, welche auch die ehemaligen habsburgischen Güter verwaltet und der größte landwirtschaftliche Betrieb Oesterreichs ist, zu 90 Prozent, bei der Wiener öffentlichen Küchenbetriebsgesellschaft, welche an zahlreichen Stellen der Stadt billige Mittagessen verabreicht, mit der Hälfte des Kapitals an einer großen Wiener Holz- und Rohlenverkaufsgesellschaft mit zwei Dritteln des Kapitals, am Österreichischen Wirtschaftsverband für den Viehverkehr mit der Hälfte des Kapitals beteiligt. — Für den eigenen Bedarf führt die Gemeinde eine Reihe von großen Betrieben: Granitwerke, ein Schotterwerk, das den ganzen Bedarf der Gemeinde deckt, ein Ziegelwerk, das den zehnten Teil des Kleinbedarfs der Gemeinde deckt, zwei Kalkwerke, die weit über den Bedarf der Gemeinde hinaus zu liefern vermögen, große Reparaturwerkstätten, eine Dampfmaschinenfabrik usw. In großen Kaufhausunternehmungen ist sie Großaktionärin geworden. Um die Wirtschaftlichkeit zu sichern, wurde

überall, wo es vorteilhaft schien, eine möglichst starke Zentralfaktion angekrebt. So wurde die Kaufstoffbeschaffung für eigene Zwecke an einer Stelle zusammengefaßt, die im Jahre 1924 76 576 Waggons und im Jahre 1925 110 000 Waggons Kaufstoffe besorgte. So wird der Einkauf für alle städtischen Ämter, Anstalten, Schulen usw. durch ein zentrales Wirtschaftsamts besorgt.

Ein Nummernblatt in der Geschichte der sozialdemokratischen Verwaltung bilden die städtischen Unternehmungen. Das Schicksal der drei großen Monopolbetriebe (Maswerk, Elektrizitätswerk und Straßenbahn) konnte für die ganze Entwicklung der Stadt entscheidend werden. Die christlichsozialen Verwaltung hatte in der Vorkriegszeit aus den Unternehmungen gewaltige Gewinne gezogen, sie aber in der Kriegszeit bis zur Erschöpfung ausgenutzt, ohne an Erneuerungen zu denken. Dabei waren die Tarife der beginnenden Geldentwertung nicht angepaßt, da die damalige Mehrheit aus demagogischen Gründen vor den Wahlen Tarifierhöhungen nicht durchzuführen wollte. Die sozialdemokratische Verwaltung betrat vom ersten Tage an den Standpunkt, daß die Monopolunternehmungen keinen Gewinn an die Gemeinde abzuliefern brauchen, sich aber selbst erhalten und die öffentliche Verwaltung kostenlos liefern müssen. Danach wurde die Tarifpolitik eingerichtet. Gegenüber einer Opposition, die vor der stillen Demagogie nicht zurückschreckte, wurde der Standpunkt zäh festgehalten. So konnten die Unternehmungen auch in der schlechtesten Zeit über Wasser gehalten werden, ja bald wieder an die Erneuerung und Erweiterung ihrer Anlagen schreiten. Dabei sind die Tarife heute niedriger als in der Vorkriegszeit.

Die Straßenbahn vermochte ihren Bogenpark instandzusetzen und zu vergrößern, die Linien auszubauen. Die Stadtbahn, die der Bund am Ende der Kriegszeit außer Betrieb gesetzt hatte, wurde der Gemeinde zur Benutzung überlassen und für den elektrischen Betrieb im Anschluß an die Straßenbahn eingerichtet. Die Elektrifizierungsarbeiten kosteten 20 Millionen Schilling (12 Millionen Mark). Der Einheitspreis der Stadtbahn und Straßenbahn, mit dem Recht, beliebig umzuweichen, ist 24 Groschen gleich 16,8 Goldheller (14,4 Pf.), also geringer als der Durchschnittspreis in der Vorkriegszeit war, in der bei einem Jomertarif die Fahrpreise 14, 20 und 30 Goldheller betragen. Der Einheitsfahrpreis, der für das gesamte Stadtgebiet gilt, bedeutet eine Begünstigung der proletarischen Bevölkerung, die in den Außenbezirken wohnt und die weiteren Strecken zurücklegen hat. Bemerkenswert ist, daß die Sonderfahrpreise eine noch stärkere Begünstigung erlöhren als in der Vorkriegszeit und weiter ausgebaut wurden. Die Frühfahrtscheine, die in der Vorkriegszeit 12 Goldheller kosteten und zur Begünstigung der zur Arbeit fahrenden geschaffen wurden, kosten jetzt 14 Groschen gleich 9,8 Goldheller (8,4 Pf.). An Sonn- und Feiertagen war der Mindestfahrpreis in der Vorkriegszeit 20 Goldheller. Jetzt ist zwischen Wochentags- und Sonntagstarif kein Unterschied. Die Kinderfahrtscheine, die vor dem Kriege 12 Goldheller kosteten, werden jetzt um 3 Groschen gleich 2,1 Goldheller (1,8 Pf.), im Vorverkauf gar um 2 Groschen gleich 1,4 Goldheller (1,2 Pf.) abgegeben. Ein- und Rückfahrtscheine, die von Arbeitern und Angestellten

benutzt werden, kosten gegenüber 30 Goldhellern in der Kriegszeit 30 Groschen gleich 21 Goldhellern (18 Pf.). Wochenlöhne für Arbeiter wurden überhaupt erst nach dem Kriege eingeführt.

Das Gaswerk ist zu einer großen chemischen Fabrik ausgestaltet worden. Infolge der Einführung eines neuen Verfahrens bringt es hochwertigen Koks zum Verkauf, hat eine eigene Benzolfabrik usw. und macht ein großes Exportgeschäft. Die Einnahmen aus dem Verkauf von Gas machen nur etwa 60 Proz. der Gesamteinnahmen aus. Das gestattet, den Gaspreis niedrig zu halten. Obwohl das Werk mit ausländischer Kohle arbeiten muß, deren Preis um die Hälfte höher als der Preis der heimischen Kohle ist, kostet das Gas einschließlich der Steuern und des Zinses für den Bau nur 12 Groschen (11,4 Pf.), um 2,5 Proz. weniger als vor dem Kriege! Dabei kommt das Werk heute einem viel größeren Teil der Bevölkerung zugute. Am 30. Juni 1919 wurden 239 065 Gasabnehmer gezählt. Ende 1925 waren es 354 044.

Eine außerordentliche Entwicklung hat das Elektrizitätswerk genommen. Es gelang nicht nur, die Wiener Zentrale maschinell auf der Höhe zu halten, sondern auch das Werk möglichst unabhängig von ausländischer Kohle zu machen. Ein heimisches Kohlenbergwerk, das früher bedeutungslos war, wurde so ausgestaltet, daß die ihm angeschlossene Heberzentrale so viel Strom nach Wien liefert als für die gesamten Kraftwerke, ohne Strohgebirge, benötigt wird. Damit begünstigte sich die Gemeinde nicht. Sie nahm den Bau von Wasserkraftwerken in Angriff. Statt mit hochverzinslichen Anleihen, die übrigens lange Zeit gar nicht zu bekommen gewesen wären, baute die Gemeinde mit dem Ertragsrisiko der kleinen Wasserkraftwerke, welche die Gas- und Stromkonzernanten auf sich nehmen mußten und auf deren Eingänge die von der Gemeinde gegründete Wasserkraftgesellschaft den der Gemeinde so große Vorhülle zu niedriger Verzinsung bekam, daß die Arbeiten ohne Störung fortgeführt werden konnten, obwohl außerordentliche verteuerte technische Schwierigkeiten zu überwinden waren. So konnte das erste Wasserkraftwerk Ende Dezember 1924 den Betrieb beginnen. Die erste Folge war, daß der Tarif für den Wiener Kraftstrom um 12,5 Proz. verbilligt wurde! Die Wiener Industrie eripart durch die Preisermäßigung das Dreifache des Verlustes, den die Wasserkraftabgabe auf Kraftstrom ausgemacht hat. Ein weiteres Werk wurde von der Gemeinde selbst gebaut und nutzt die Hochquellenwasserleitung aus. Von den 465 Millionen Kilowattstunden, mit denen die Elektrizitätswerke für 1926 rechnen, werden 27 Millionen aus dem eigenen Kohlenbergwerk und den eigenen Wasserkraftwerken gewonnen. In so hohem Maße gelang es, das Werk vom Bezug ausländischer Kohle unabhängig zu machen. Die Einfuhr von 300 000 Tonnen Kohle jährlich wird eripart. So kann der Strompreis einschließlich der Steuern auf der halben Höhe des Vorkriegspreises gehalten werden. Der Lichtstrom kostet jetzt für die Heberzentrale 5,2 Groschen (3,12 Pf.), der Kraftstrom 2,5 Groschen (1,5 Pf.), wovon noch weitere Abschlüsse in Sonderverträgen mit großen Abnehmern erfolgen. Besondere Elektrizitätsabnehmern und Gasabnehmern werden nicht eingezogen. Während im Jahre 1918/19 nur 158 788ähler angeschlossen waren, waren Ende 1925 371 612 Abnehmer zu verzeichnen. Gas und elektrisches Licht sind erit durch die sozialdemokratische Verwaltung den breiten Massen zugänglich gemacht worden. — Neben den drei großen Monopoluternehmungen spielen die anderen städtischen Unternehmungen eine geringere Rolle: die städtische Leucht- und Wasserleitung, eine städtische Antündungsunternehmung und ein großes Brauhaus, das mit Gewinn geführt wird.

Was hier von sozialdemokratischer Gemeinderatsmehrheit und Magistrat in kurzer Zeit geleistet worden ist, verdient um so größere Anerkennung, weil sie bei Antritt ihrer Herrschaft vor einem kommunalpolitischen Chaos standen. Ihre deutsche Stadt hat so stark unter dem Weltkriege und seinen Nachwirkungen gelitten (und das will gewiß etwas heißen), als gerade Wien. Infolge der berücksichtigt gewordenen Schlamperci unter der Herrschaft der Habsburger und der bürgerlichen Parteien drohte die Wohlfahrt des Landes und der Stadt Wien viel früher zusammenzubrechen als in Deutschland, wo man selbst während des Krieges einigermaßen auf Ordnung hielt. Die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung übernahm während der Revolution bei leerer Stadtkasse eine halb verhungerte, halb obdachlose Bevölkerung, die ohne Brenn- und Heizmaterial in ihrer Verzweiflung daranging, die Parks und den herrlichen Wiener Wald abzuholzen, und so der Großstadt gewissermaßen auch noch die Lungen raubte. Vieles ist der neuen Gemeindeverwaltung dadurch erleichtert worden, daß Wien im Jahre 1920 Staatsrechte innerhalb der österreichischen Republik erhielt und damit eine so weitgehende Selbstverwaltung mit eigener Gesetzgebung bekam, wie sie in Deutschland nur die freien Städte Hamburg, Bremen und Lübeck besitzen.

In der Hauptsache ist das segensreiche Walten der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung aber der stets bewährten Einheit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Oesterreich zu danken. Selbst heute spielen dort die Kommunisten nur eine ganz geringfügige Rolle. Während in Deutschland zwei bis drei Arbeiterparteien sich gegenseitig bekämpften und sich so gegenseitig vom Kampfe gegen die Reaktion und den Kapitalismus abhielten, konnte die Wiener Sozialdemokratie ungehindert, ungehemmt und ungehindert

von den Bruderkämpfen der Arbeiterklasse an den Wiederaufbau der Wohlfahrt der Bevölkerung und an die Reform der Gemeindeverwaltung herangehen. Die Wiener Arbeiterbewegung ist noch heute die stärkste, vielleicht auch disziplinierteste aller Großstädte der Welt. Sie zählt 200 000 Mitglieder in der sozialdemokratischen Partei und über eine halbe Million in den freien Gewerkschaften. Wo bleibt da beispielsweise Berlin, das doppelt so groß ist als Wien, und das nur mit 295 000 Mitgliedern dem A.D.G.B. angeschlossen ist, zu denen noch einige tausend Mitglieder des A.D.B.-Bundes und des A.D.B. kommen, von der im Verhältnis zu Wien bescheiden geringen Zahl der Parteimitglieder gar nicht zu reden. So haben wir Reichsdeutsche von Wien nicht nur zu lernen, wie man mustergültige Kommunalpolitik treibt, sondern wie man auch große, starke Arbeiterorganisationen schafft. G. R.

Unser Mitgliederstand am 1. August 1926

Im Mitgliederstand ist gegen den Vormonat keine Änderung eingetreten. Eintritte wie Austritte aus der Organisation haben sich in diesem Monat auf. Die Gesamtzahl der Mitglieder beträgt 205 866, davon sind männlich 174 727 und 31 139 weiblich. Berücksichtigt haben von 864 Filialen 619. Nicht berichtet haben 245 Filialen. Die 245 Filialen, die keine oder nicht rechtzeitig die Berichtskarte einlieferten, haben insgesamt 28 968 Mitglieder, gleich 14 Proz. der Gesamtmitgliederszahl. Die Zahl der Arbeitslosen ist von 2991 im Vormonat auf 3235, um 244 gestiegen. Es sind am Monatschluß 2625 männliche und 610 weibliche arbeitslose Mitglieder gezählt worden. Ebenfalls ist die Zahl der Kurzarbeiter erheblich gestiegen. Im Vormonat wurden 219 Mitglieder als Kurzarbeiter gezählt. Am Schluß dieses Monats sind es 471. Die Steigerung der Zahl der Kurzarbeiter gegen den Vormonat beträgt absolut 252. Die Steigerung der Arbeitslosen wie der Kurzarbeiter ist das wenig erfreuliche Moment im diesmaligen Bilde unserer Mitgliederbewegung.

Bezirksabteilung bzw. Gauenverwaltungen	Zahl der Mitglieder am 1. Juli 1926	Mitgliederstand am 1. August 1926			Zunahme oder Abnahme
		männlich	weiblich	zusammen	
1. Nordwest					
a) Hamburg . . .	22 407	18 439	4 010	22 449	3 42
b) Bremen . . .	5 755	5 448	325	5 773	3 18
c) Schlesw.-Holst.) (Mecklenburg)	6 018	5 094	972	6 066	3 48
2. Westfalen . .	34 180	28 981	5 307	34 288	3 108
3. Rheinland . .	11 735	10 410	1 285	11 695	3 40
4. Rhein-Main . .	9 707	9 229	450	9 679	3 28
5. Rheinpfalz-Saarland . .	16 805	13 852	2 880	16 732	3 73
6. Baden	3 199	2 905	306	3 211	3 12
a) Karlsruhe . . .	7 486	6 783	670	7 453	3 33
b) Singen	1 068	793	237	1 030	3 38
7. Württemberg	8 554	7 576	907	8 483	3 71
8. Württemberg	5 335	4 882	446	5 328	3 7
a) München	8 683	7 209	1 389	8 598	3 85
b) Nürnberg	6 286	5 742	517	6 259	3 27
9. Thüringen . .	14 969	12 951	1 906	14 857	3 112
10. Sachsen	5 441	4 538	719	5 257	3 184
a) Dresden	10 615	8 776	2 238	11 014	3 399
b) Leipzig	6 660	4 781	1 868	6 649	3 11
c) Weiskau	6 637	5 516	1 051	6 567	3 70
11. Mitteldeutschland	23 912	19 973	5 157	24 230	3 318
a) Magdeburg . . .	7 348	5 953	1 443	7 396	3 48
b) Halberstadt . . .	3 336	3 002	320	3 322	3 14
12. Hannover . . .	10 684	8 955	1 703	10 718	3 34
13. Schlesien . . .	6 569	5 815	731	6 546	3 23
14. Brandenburg . .	10 071	8 263	1 777	10 040	3 31
15. Berlin	6 030	5 513	629	6 142	3 112
16. Pommern	25 403	20 162	5 241	25 403	—
a) Stettin	3 651	3 146	511	3 657	3 6
b) Stolberg	1 457	1 227	200	1 427	3 30
17. Ostpreußen	5 108	4 373	711	5 084	3 24
Einzelmitglieder . .	8 085	7 203	892	8 095	3 10
	83	46	32	78	3 5
Gesamt	205 870	174 727	31 139	205 866	3 4

Wirtschaftspolitische Theorien

Unsere Kollegen haben in den Ferienkursen Gelegenheit gehabt, sich mit den Anfangsgründen der Volkswirtschaft bekanntzumachen. Um nun das Gehörte zu befestigen und zu ergänzen, beginnen wir in nachfolgendem mit einer Artikelserie über diese Fragen und bitten unsere Leser, sich möglichst eingehend damit zu beschäftigen.

Z. Ned.

I.

Eine ganz eigenartige Wissenschaft ist die Nationalökonomie, auch Volkswirtschaftslehre, Sozialökonomie oder Sozialökonomik genannt, eine Wissenschaft, die so wenig fertig ist, daß die Fachgelehrten sich über ihren Begriff und ihre Bedeutung sowie über ihr Alter selbst nicht einig sind. Während Professor Dühring die Ansicht vertritt, daß diese Wissenschaft erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts entstanden ist, behauptet der Franzose Adolphe Blanqui, daß sie bereits bei den Römern und Griechen zu Hause war.

Was ist Volkswirtschaft? Die Volkswirtschaftslehre handelt von der Wirtschaft eines Volkes, d. h. von der wirtschaftlichen Tätigkeit der zu einem Volk oder Staat vereinigten Menschen und ihren Wirtschaften, schreibt Professor Fuchs. Wovon die Menschen leben, das ist die Grundfrage der Volkswirtschaftslehre, behauptet Professor Wagnerski. Und Professor Bücher erzählt uns in seinem Werk „Die Entstehung der Volkswirtschaft“, daß die Gesamtheit der Veranstaltungen, Einrichtungen und Vorgänge, welche die Bedürfnisbefriedigung eines ganzen Volkes hervorruft, die Volkswirtschaft bildet, sie zerfällt wieder in zahlreiche Einzelwirtschaften, die durch den Verkehr miteinander verbunden sind und dadurch von einander mannigfach abhängig sind, daß jede für alle anderen gewisse Aufgaben übernimmt und von anderen für sich solche Aufgaben übernehmen läßt. Was sind Einzelwirtschaften? Sind es die vielen Wirtschaften, die die unzähligen Haushalte und Familien führen? Da diese in der Regel nur auf den Verbrauch eingeteilt sind, können sie nach den professionellen Definitionen nicht gemeint sein, da offensichtlich auch die Herstellung der Verbrauchsgüter gleichfalls unter „Einzelwirtschaft“ fallen soll. Die Volkswirtschaft handelt von der Wirtschaft eines Volkes sagen die Gelehrten. Von Volkswirtschaft kann man aber nur da reden, wo es sich um eine planmäßige Bedarfsdeckung eines ganzen Volkes handelt. Eine planmäßige Wirtschaft eines Volkes gibt es jedoch nicht, es ist unsinnig, zu behaupten, daß die Völker für sich wirtschaften, daß sie einen belebteren, geschlossenen Haushalt führen. Von den unzähligen Gebrauchsgütern, die in Deutschland in der Landwirtschaft, im Gewerbe und in der Industrie produziert werden, gehen große Mengen in andere Länder. Umgekehrt ist das deutsche Volk auf die Erzeugnisse anderer Länder angewiesen. Das industrielle Rückwerk kann in Deutschland ohne Zufuhr fremder Rohstoffe auch gar nicht aufrechterhalten werden, andererseits sind manche Länder auf die Einfuhr deutscher Industrieerzeugnisse angewiesen. Die Austauschbeziehungen sind vornehmlich durch jenen Typ der Wirtschaft bedingt, den wir kapitalistisch nennen. Wo der zu Hause ist, da herrscht in den Wirtschaftsverhältnissen als alleiniges Gesetz die freie Konkurrenz. Damit ist ja jeglicher Plan, jede Ordnung aus der Wirtschaft verschwunden. Da der Kapitalismus international ist und arbeitet, kann er auch keine nationale geschlossene „Volkswirtschaft“ hervorbringen.

Die Zunftszeit wurde durch die Manufaktur, diese wieder durch die Industrie abgelöst, der Feudalismus durch die bürgerliche Freiheit verdrängt. Die Bourgeoisie hob den Kapitalismus aus der Laufe und schuf den kapitalistischen Klassenstaat, als ideologische Waffe bediente sie sich hierbei der neu entstandenen Wissenschaft der Nationalökonomie. Freies Spiel der Kräfte, fort mit jeglicher staatlicher Bevormundung, keine Behinderung des Privatkapitals war die Losung. Durch diese neue Lehre war die Nationalökonomie ins Leben gerufen. Sie wurde eine Wissenschaft der Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise, ihre Funktion ist an das Bestehen dieser unlöslich verknüpft, so ist die Nationalökonomie erwachsen aus dem kapitalistischen Wirtschaftssystem.

Die nationalökonomischen Grundprobleme sind in der geschichtlichen Entwicklung verschiedentlich Wandlungen unterworfen worden, die ihren Niederschlag in den verschiedensten Theorien fanden:

1. Der Merkantilismus.

Der erste Reichtum ist zweifellos nicht durch Produzieren, sondern durch den Handel entstanden. In den Handelsländern Italien, Spanien und England tauchten in der Epoche des Frühkapitalismus die ersten Fragen der Nationalökonomie auf. Der Handel schuf freien Verkehr, der übersprang als erster die Schranken der Zunfts- und Stadtwirtschaft, er begründete den ersten Reichtum und ließ

die Manufaktur ins Leben. Damit entsteht der Merkantilismus oder das Handelssystem. Was ist Reichtum, wodurch werden Staaten reich? Das waren die Probleme der neuen Zeit. Der Handel und das hinter ihm stehende Gold erschienen als Quelle des Reichtums und der politischen Macht. Schafft Handel Reichtum, so werden die Staaten reich, die viel Geld einführen und nichts aus dem Lande herauslösen, verkündete die erste nationalökonomische Lehre. Der Hochschätzung des Geldes schloß sich die Hochschätzung des auswärtigen Handels an. Welthandel, Kolonialerwerbungen, staatsseitige Förderung der Manufakturen für Ausfuhrartikel, Verbot der Einfuhr solcher Produkte, die das Gold dem Lande entführen und Vermehrung der Edelmetallvorräte durch Ausbeutung des Gold- und Silberbergbaues hieß die Lösung. Oben stand die Herbeiführung einer aktiven Handelsbilanz. Darunter vertrieb man den Vergleich der Werte der eingeführten und ausgeführten Waren. Ueberrist die Ausfuhr die Einfuhr, so strömt Geld ins Land, die Handelsbilanz ist aktiv. Aktive Handelsbilanz ist erties Gesetz des Merkantilismus. Handelsbilanz ist nicht gleichbedeutend mit Zahlungsbilanz. Außer den Verbundlichkeiten aus Warenlieferungen ist für letztere das Kredit- und Verrechnungswesen, die Versicherungsvorgänge mit dem Ausland und umgekehrt, die Zinsen für im Ausland untergebrachte Anleihen, die Gewinne ausländischer Unternehmungen des Inlandes, die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr, die Geldsendungen der Ausgewanderten in die Heimat, die Kapitalwanderungen im zwischenstaatlichen Kreditverkehr und die Schenkungen, Erbchaften, Arzugeschickungen usw. in Rechnung zu stellen. Hiernach kann die Handelsbilanz passiv, die Zahlungsbilanz hingegen aktiv sein. Hochschätzung des Geldes war Inhalt merkantilen Denkens, doch nicht als Selbstzweck, sondern zur Handels- und Produktionsförderung.

In den einzelnen Ländern und Zeiten war Ziel und Praxis des Merkantilismus äußerst verschieden. Als Nationalökonomie des Frühkapitalismus ergab er die bevorzogene Leitung der wirtschaftlichen Verhältnisse auf dem Gebiet der staatlichen Förderung der Industrie als Grundlage des aktiven Handels, insbesondere in Deutschland und Frankreich. Der Inhalt des englischen, holländischen und italienischen Merkantilismus war hingegen mehr handelsmäßig.

Geld bedeutet Anweisung auf Güter. Es hat Verrechnung, Vermögen darzustellen nur, wenn die Güter, die eintauschen waren, hinter ihm stehen. Anders ausgedrückt bedeutet Geld nicht an sich Reichtum, sondern die Güter, die durch das Geld eingetauscht werden können. Vertritt doch das Geld als Maß der Werte und als Maßstab der Preise zwei ganz verschiedene Funktionen. Maß der Werte ist es als die gesellschaftliche Antinomie der menschlichen Arbeit, Maßstab der Preise als ein festgesetztes Metallgewicht. Als Wertmaß dient es dazu, die Werte der buntenverschiedenen Waren in Preise zu verwandeln. Am Maß der Werte messen sich die Waren als Werte.

Auch die aktive Handelsbilanz wird wie die Bedeutung des Geldes von den Merkantilisten überschätzt. Wir haben die Wertwürdigkeit zu verzeichnen, daß wir im Jahre 1913 für 10,3 Milliarden Mark ausführten, hingegen betrug die Einfuhr 11,6 Milliarden Mark. Dies Verhältnis ist nicht etwa nur für das genannte Jahr zutreffend, sondern während einer Reihe von Jahren in der Vorkriegszeit festzustellen. England führte für 10 Milliarden Mark Waren aus, die Einfuhr betrug dagegen 13 Milliarden Mark. Ähnliches gilt für Frankreich, Holland und Belgien. Rußland hatte 1913 eine aktive Handelsbilanz mit 1 Milliarde Mark. Auch Amerika und die Balkanländer wiesen aktive Handelsbilanzen auf. Doch rührte dies daher, weil genannte Länder mit dem Erlös ihrer Ernten Schuldzinsen an das Ausland zahlten. Um den Franzosen Zinsen für Anleihen zahlen zu können, verkaufte Rußland Getreide, Holz usw. und erzielte so eine aktive Handelsbilanz. Der Ausfuhrüberschuß ging nach Frankreich, das auf diese Weise eine passive Handelsbilanz aufwies. Während der Inflation ging Deutschland zur aktiven Handelsbilanz über, eine Aktiuität, die auf Ausverkauf beruhte, daher schädlich war, hingegen deutete die Passivität der deutschen Handelsbilanz in der Vorkriegszeit durchaus nicht Verarmung an, es kommt eben darauf an, wozu der Einfuhrüberschuß verwandt wird. Hohe Konsumtion ist schädlich, wird der Ueberfluß hingegen in die Produktion eingeschlossen, so wirkt er wirtschaftsfördernd.

Hermann Kruse.

Die Zeit geht vorüber. Ein Kulturfortschritt wird den anderen hervorrufen, die Menschheit wird sich immer neue Aufgaben stellen und wird sie zu einer Kulturentwicklung führen, die Nationalitätenhass, Kriege, Religionsstreit und ähnliche Rückständigkeit nicht mehr kennt.

August Bebel.

Die Verteilung der Bevölkerung

Die Arbeiten der Durchführung einer Volkszählung sind außerordentlich umfangreich, so daß es einigermaßen verständlich erscheint, wenn die am 16. Juni 1925 erfolgte noch nicht endgültig abgeschlossen ist. Das jetzt vorliegende Ergebnis ist ein vorläufiges, doch sollen nur ganz geringfügige Änderungen zu erwarten bleiben, wie im Sonderheft 3 zu „Wirtschaft und Statistik“, herausgegeben vom Statistischen Reichsamt, erwähnt wird, das eine interessante Zusammenstellung der in den verschiedenen Gemeindegrößenklassen vorhandenen Bevölkerung u. v. m. bringt. Diefem entstammen auch die nachfolgenden Zahlen.

Vornweg sei aber noch bemerkt, daß es sich bei den hier genannten Zahlen der Volkszählung von 1925 um die der Wohnbevölkerung handelt, während die Vergleichszahlen der früheren Zählungen meist die der ortsanwesenden Bevölkerung darstellen. Die Unterschiede zwischen diesen beiden Arten sind ganz geringe. In der Regel bleibt die erstere etwas hinter der letzteren zurück. So auch bei der Volkszählung 1925: Wohnbevölkerung 62,35, ortsanwesende Bevölkerung 62,57 Millionen. — Im Verfolg dieser Darlegungen werden die Gemeinden in mehr oder weniger als 2000 Einwohner getrennt. Diese Scheidung soll städtische und ländliche Gemeinden zeigen. Mit den wirtschaftlichen und rechtlichen Begriffen von Stadt und Land kann diese willkürliche Grenze nichts gemein haben. Im erwähnten Sonderheft wird z. B. darauf aufmerksam gemacht, daß das größte Dorf im Deutschen Reich die inzwischen aufgelöste Landgemeinde Recklinghausen-Land mit 54 451 Einwohnern war und als die kleinste „Stadt“ die Stadt Hauenstein i. Baden mit 206 Einwohnern bezeichnet wird.

Insgesamt sind nach der letzten Volkszählung im Deutschen Reich 63 580 Gemeinden gezählt worden, wovon 60 132 (94,6 Proz.) weniger als 2000 Einwohner (ländliche Gemeinden) haben. Die 63 580 Gemeinden zählen 62 348 782 Einwohner, wovon nur 22,2 Millionen (35,6 Proz.) auf Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohner entfallen: ländliche Bevölkerung. Daher wohnen die übrigen 64,4 Proz. der Bevölkerung in 3448 (5,4 Proz.) Gemeinden mit 2000 und mehr Einwohnern: städtische Gemeinden.

11 893 (18,7 Proz.) Gemeinden haben weniger als 100 Einwohner und bringen 660 059 (1 Proz.) der gesamten Wohnbevölkerung auf. Neben diesen Zahlen für die kleinsten Gemeinden seien zum Gegenlag noch die Großstädte angeführt, unter die die Gemeinden mit 100 000 und mehr Einwohnern gerechnet werden. Solche Städte haben wir nur 45 (0,1 Proz.) mit 16 619 402 (26,7 Proz.) Wohnbevölkerung, während 1871 nur 8 mit 1 968 537 (4,8 Proz.) Einwohnern vorhanden waren.

Seit 1871 haben sich kolossale Veränderungen vollzogen. Damals wohnten 26 219 352 (63,9 Proz.) Personen in Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern und nur 14 790 798 (36,1 Proz.) in

den größeren und größten Gemeinden. Hier also überwiegend ländliche Bevölkerung, die aber in den folgenden Jahren zugunsten der städtischen zurückgeht. — 1895 gehören 26 022 519 (49,8 Proz.) zur ersten und 26 257 382 (50,2 Proz.) zur letzten Einwohnergruppe. — 1925, die letzte Volkszählung, zeigt ungefähr das umgekehrte Bild gegenüber 1871.

In der Volkszählungsperiode 1871—1875 nahm die Einwohnerzahl der Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern um 0,2 Millionen ab und diejenige der Gemeinden mit 2000 und mehr Einwohnern um 1,9 Millionen zu. Von 1895—1900 haben wir in der ersten Gruppe eine Abnahme von 0,3 und in der zweiten Gruppe eine Zunahme von 4,4 Millionen Einwohnern zu verzeichnen. Das ist die größte Bevölkerungszunahme in den Stadtgemeinden seit 1871. In den Jahren 1910—1919 ist im Gegensatz zu den anderen Jahren ein Rückgang der Bevölkerung von insgesamt 4,5 Millionen zu verzeichnen, der auf Verluste durch den Krieg, Gebietsabtretungen usw. zurückzuführen ist. Darunter hatte die Landbevölkerung mit 3,2 (die größte Abnahme seit 1871) und die Stadtbevölkerung 1,3 Millionen (die erste Abnahme seit 1871) zu leiden. In die Volkszählungsperiode von 1919—1925 fallen nochmals Gebietsabtretungen. Trotzdem ist insgesamt eine Bevölkerungszunahme von 1,9 Millionen zu verzeichnen, die sich auf die erste Gruppe mit einem Minus von 0,5 und auf die zweite Gruppe mit einem Plus von 2,4 Millionen verteilt. (Siehe Tabelle nebenstehend.)

Wie sich die Bevölkerung nach der letzten Volkszählung auf die Gemeindegrößenklassen nach Gebietsgruppen verteilt, veranschaulicht das auf Seite 20 des Sonderheftes zusammengestellte Bild. Aus ihm geht gleichzeitig die Flächengröße der Gebietsteile (ohne Meeresküste, Haffe, Bodden u. dergl.) und die Bevölkerungsdichte hervor.

Den stärksten Anteil an städtischer Bevölkerung haben die Provinz Westfalen mit 82, die Rheinprovinz mit 81,89 und das Land Sachsen mit 76,06 Proz. Berlin kann nicht mit in den Vergleich gezogen werden. Den stärksten ländlichen Anteil Ostpreußen mit 61,18, Pommern mit 54,61 und Bayern mit 53,17 Proz. Der für das ganze Reich 1871 festgestellte Durchschnittsgrad von 64 Proz. ländliche Bevölkerung wird nirgends mehr erreicht.

Die Gebietsabtretungen haben auf die Zahl der Gemeinden selbstverständlich Einfluß ausgeübt. Die Zahl hat sich aber auch infolge der Eingemeindungen verringert, so daß auch die Größenklassen eine große Verschiebung zeigen. 1900 wurden 76 959, 1910 75 939 und 1925 63 580 Gemeinden gezählt.

Seit 1895 wuchs die Bevölkerung in jeder fünfjährigen Volkszählungsperiode um mehr als 4 Millionen. In dem Zeitraum von 1910 bis 1919 folgte ein Rückgang um 4,5 Millionen und von 1919 bis 1925 betrug der Zuwachs 1,9 Millionen.

Briefe von der Geolei

IV. Das Haus des ADGB.

Zum ersten Male in Deutschland beteiligen sich die freien Gewerkschaften und der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in einem solch umfassenden Rahmen an einer Ausstellung. (Die Bauausstellung 1913 war mehr Spezialausstellung.) Es galt daher zu zeigen, was wir freien Gewerkschaften sind, was wir leisten und was wir fordern von Reich, Staat und Gemeinden.

Leider beschränkt sich unsere Ausstellung indessen in der Hauptsache auf unsere Leistungen, so daß das Interesse derjenigen, die nicht gewerkschaftlich gefärbt sind, nur sehr bedingt in Anspruch genommen wird. Wenn man auch hier wieder die Parallele mit der in seiner Art musterergütigen, wenn auch kulturell unerfreulichen, Ausstellung des Deutschen Brauer-Bundes zieht, so sieht es mit unserer Propagandaarbeit noch recht trübe aus. Gewiß sind für den Sozialpolitiker und Volkswirtschaftler allerhand Statistiken und Darstellungen zum eingehenden Studium der freien Gewerkschaftsbewegung im Hause des ADGB vorhanden. Aber die Aufgabe für eine solche Ausstellung besteht doch auch darin, daß man schlaglichtartig und anschaulich in knapper Darstellung einen Blick tun läßt in die ungeheure Mannigfaltigkeit des gewerkschaftlichen Geschehens sowie des gewerkschaftlichen Aufgabenkreises. Ein Bild müßte auch gegeben werden von den einschlägigen Darstellungen der Unternehmer, ihrer Forderungen und von den sonstigen Hemmungen, die die Gewerkschaftsbewegung heute noch in Gesetz und Recht hat.

Nun haben einzelne Verbände versucht, diese Aufgaben zu lösen.

Es sind zum Teil auch recht befriedigende Teilergebnisse zu sehen, im ganzen aber, — das muß deutlich gesagt werden —, lernt der Besucher der Geolei nur die „Außenfassade“ kennen. Das trifft zum Teil figürlich sowohl für das Gebäude des ADGB, als auch für die Einzeldarstellungen selbst zu.

Man kann sagen, daß nahezu die Hälfte der Ausstellungsbesucher (bis jetzt über 3 Millionen) gewerkschaftlich organisiert sein dürfte, denen die Darstellung des ADGB, sowie der einzelnen Gewerkschaften mehr als eine Anregung sein sollte und die bei genügend Zeit auch durch Vergleiche sich aufs vortrefflichste orientieren können. Aber nach unseren mehrträgigen Beobachtungen geben die meisten der Besucher im Hause des ADGB, doch vorwiegend nur eine „Stippvisite“, d. h., sie weilen verhältnismäßig kurze Zeit dort. Nehmlich dem österreichischen Pavillon hätte also auch das Haus des ADGB, versuchen müssen, den Kern der Sache noch anschaulicher darzustellen durch allererstärkste Konzentration. Wir verstehen, daß man im Bundesvorstand nicht geneigt ist, auf die Sensationsjagd zu gehen, der wir natürlich auch nicht huldigen. Aber wenn man sich einmal entschließt, in einer Ausstellung sein Können zu zeigen, so wird es niemals ganz ohne Sensationen gehen und das fehlt im Hause des ADGB. Es ist also diesmal noch nicht alles so gelungen, wie wir es wünschen müssen, doch trösten wir uns damit, daß auch das Ausstellen gelernt sein will und wir auf diesem Gebiete noch Neulinge sind.

Soll man seine persönlichen Eindrücke vom Max-Tann-Gebäude des ADGB wiedergeben, so befriedigt vieles daran absolut nicht. Da ist zunächst die unrationale Raumausnutzung. Gewiß, es ist schwer, gleichzeitig dekorativ und repräsentativ zu wirken, aber auch rational zu sein. Müßte denn nun der an sich schöne Mißbrauch

Gebiete	Wohnbev. der Gem. überd.	Gemeinden mit				Fläche in qkm	Mittl. qkm l. Gem.
		weniger als 2000 Einwohn.	in Prog.	2000 und mehr Einwohn.	in Prog.		
Ostpreußen	2 266 224	1 881 677	61,18	876 647	38,82	37 046,50	60,96
Berlin u. Brandenburg	6 602 276	1 806 551	19,79	5 296 726	80,21	39 913,93	165,41
Sachsen (einschl. Ost- u. Westpreußen)	2 208 787	1 206 657	54,61	1 008 110	45,39	37 908,51	58,50
Nieder- und Obersachsen	4 504 108	2 172 825	48,24	2 331 278	51,76	36 818,07	124,02
Westphalen, Rhän. u. Westfalen	4 966 188	1 196 035	23,94	3 800 083	76,06	14 992,34	333,23
Hannover, Ostpreußen, Schlesien, Ost- u. Westfalen, Hamburg - Lübeck, Schlesien - Gollstein, Redenburger	3 888 406	961 556	27,59	2 902 050	72,61	31 829,10	112,68
Hannover, Ostpreußen, Westfalen, Ost- u. Westfalen	4 622 899	2 032 653	43,97	2 589 786	56,03	49 276,56	98,81
Westfalen m. Ostpreußen	4 969 688	885 637	18,00	4 084 001	82,00	21 432,06	262,49
Hannover, Ostpreußen u. Westfalen	3 791 844	1 609 161	42,44	2 182 683	57,56	24 451,80	165,07
Hannover, Ostpreußen (ohne Saargebiet)	7 221 676	1 808 077	18,11	5 913 598	81,89	24 538,70	294,30
Westfalen m. Ostpreußen, Baden, Ostpreußen (ohne Saargebiet)	5 896 443	2 625 546	42,84	3 269 897	57,16	41 224,61	143,01
Baden (rechts d. Rheins)	6 447 839	3 428 104	53,17	3 019 735	46,83	70 492,51	91,47
Deutsches Reich (ohne Saargeb.)	32 948 782	22 224 945	35,63	10 123 837	64,37	168 717,65	133,02

Es entsteht die Frage, in welchem Maße die Eingemeindungen die Entwicklung der Größenklassen beeinflusst haben. Wie bereits dargelegt, haben die Gebietsabtretungen zu einem größeren Verlust an ländlicher als an städtischer Bevölkerung geführt. Auch schon dadurch gewann die städtische Bevölkerung einen größeren Einfluß. Die Großstädte fallen heute stärker ins Gewicht. Und doch sind Straßburg, Danzig und Posen mit ungefähr 506 000 Einwohnern dem Reich verloren gegangen und Saarbrücken (1910: 105 000 Einwohner) schied aus der deutschen Verwaltung und damit aus den Volkszählungen aus. Bedeutung gewinnen die Eingemeindungen fast nur innerhalb der städtischen Größenklassen. Die Gesamtbevölkerung betrug unter Zugrundelegung des Zählgebietes von 1925 und des heutigen Gebietsstandes der Gemeinden 1910 57 798 369, 1919 59 176 214, 1925 62 348 782.

Die Bevölkerungszunahme in der Zeit von 1910—1925 beträgt in Prozenten zur Einwohnerzahl der jeweiligen Größenklassen ausgebrückt für die 60 132 Gemeinden mit unter 2000 Einwohnern 4,49 Proz., 2897 Gemeinden mit 2000 bis unter 10 000 Einwohnern 10,37 Proz., 292 Gemeinden mit 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern 10,09 Proz., 214 Gemeinden mit 20 000 bis unter 100 000 Einwohnern 9,99 Proz., 45 Gemeinden mit 100 000 und mehr Einwohnern 9,37 Proz.

Die Zunahme der Gesamtbevölkerung von 1910—1925 beträgt 7,87 Proz. Es zeigt sich, daß die Großstädte in bezug auf ihren reinen Bevölkerungszuwachs durchaus nicht an der Spitze stehen,

— die Eingangshalle — so hilflos vertan werden in Kinkerlitzchen, wie die Messingtafeln mit den Verbandsinschriften, so daß von jedem Besucher mit Heine geäußert werden könnte: „Ich weiß nicht, was soll es bedeuten?“ Dann aber das weit schlimmere Uebel, die Umgänge der ersten Etage, die noch weniger Besucher aufweisen als das Parterre. Die Umgänge sind leer und man kann glauben, daß hier nur „vergeffen“ wurde, etwas auszustellen, oder daß es zu weiterem nicht gereicht hat. Die Anlage des Hauses selbst wäre überaus günstig gewesen am Rheinufer. Hier gehörte ein Erfrischungsraum hinein! Nach meiner Idee mit einer mehr oder minder alkoholfreien Speisewirtschaft. Das hätte sowohl mehr Besucher herangezogen als auch andere zur Besichtigung gereizt. Vielleicht hätte unsere freie Gastwirtschiffenorganisation hier eine musterhafte Gastwirtschaft zeigen können.

Wir haben in Deutschland eine ganze Reihe solcher muster-gültigen Gastwirtschaften in den Gewerkschaftshäusern. Leider zählt Berlin nicht dazu. Dafür aber sind an erster Stelle zu nennen das Leipziger Gewerkschaftshaus mit seinem stottern Betrieb, vor allem auch das Hamburger Gewerkschaftshaus, das ja in der Besetzung in einem prächtigen Modell in der ersten Etage ver-

wenn sie auch im Wachstumstempo den Reichsdurchschnitt über-ragen. Die Zunahme ist bei den Gemeinden mit 2000 bis unter 10 000 Einwohnern weitaus am stärksten. Hinter dem Reichsdurchschnitt bleiben nur die Gemeinden unter 2000 zurück. Wir sehen also ein nur langsames Wachsen der Großstädte und eine Verlangsamung des Verstädtlichungsprozesses. Denn Eingemeindungen, wie sie bei der Bildung von Groß-Berlin vorkamen, bilden eben nicht die Regel. Dort bestanden vorher 43 Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern mit insgesamt 24 124 Einwohnern und 50 Gemeinden mit 2000 und mehr Einwohnern mit insgesamt 1 638 038 Einwohnern.

Nun ein Vergleich der Frauenbevölkerung in Stadt und Land. Am 16. Juni 1925 wurden 32,20 Millionen Frauen und 30,15 Millionen Männer gezählt. 1000 Männern stehen somit 1068 Frauen gegenüber. Die Verteilung auf die Gemeindegrößenklassen ist aber verschieden. Auf 1000 männliche Personen kamen 1882 in den Landgemeinden 1053, in den Mittelstädten 1016, in den Großstädten 1077 und im Reich überhaupt 1042. 1919 in derselben Gliederung 1081, 1089, 1146 und 1099, im Jahre 1925 1039, 1062, 1116 und 1068 weibliche Personen.

Schließlich noch eine Gegenüberstellung der Stadt- und Landbevölkerung in einigen ausländischen Staaten. Vorausgeschickt soll werden, daß die Zählungsjahre und die Begriffe über Stadt und Land nicht einheitlich sind. Dennoch sind Vergleiche möglich.

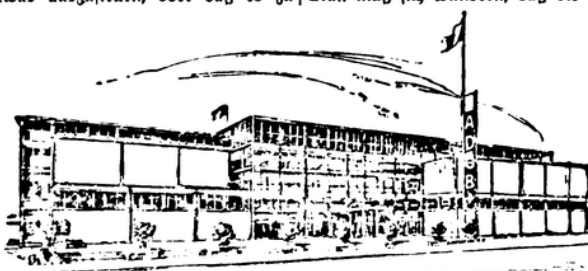
	Jahr	Land	in Proz.	Stadt	in Proz.	Insgesamt Einwohner
Schweiz	1870	1 599 000	60	1 056 000	40	2 655 000
	1920	1 522 000	39	2 358 000	61	3 880 000
Frankreich	1872	24 889 000	69	11 214 000	31	36 103 000
	1911	18 311 000	46	21 252 000	54	39 563 000
Belgien	1876	1 720 000	32	3 616 000	68	5 336 000
	1920	1 611 000	22	5 787 000	78	7 398 000
Niederlande	1869	1 513 000	42	2 067 000	58	3 580 000
	1920	1 738 000	25	5 127 000	75	6 865 000
England	1871	7 909 000	35	14 713 000	65	22 712 000
	1911	8 297 000	23	27 773 000	77	36 070 000
Schweden	1870	3 629 000	87	540 000	13	4 169 000
	1920	4 161 000	70	1 743 000	30	5 904 000
Amerika	1900	40 649 000	65	22 299 000	35	62 948 000
	1920	51 406 000	49	54 305 000	51	105 711 000
Deutschland	1871	26 219 352	63,9	14 790 798	36,1	41 010 150
	1919	22 734 380	37,6	37 677 704	62,4	60 412 084
	1925	22 224 945	35,6	40 123 837	64,4	62 348 782

Die Reihenfolge der prozentual zur Gesamtbevölkerung vorhandenen Landbevölkerung der vorgenannten Staaten war bei der ersten Zählung: Schweden mit 87 Proz. an erster Stelle, dann folgen Frankreich, Amerika, Deutschland, Schweiz, Niederlande, England und der Schluß bildet Belgien mit 32 Proz. Die jüngste Zählung ergibt folgende Reihenfolge: Schweden (70 Proz.), Amerika, Frankreich, Schweiz, Deutschland, Niederlande, England und Belgien (22 Proz.).

G. Förster.

treten ist. Ebenso wären zahlreiche kleinere Gewerkschaftshäuser wie Heidelberg, Weimar usw. mit trefflicher Gastwirtschaft zu nennen. Sie liefern einen glänzenden Beweis für unsere Leistungsfähigkeit auf diesem Gebiete. Davon läßt leider die Ausstellung nur ganz wenig ahnen. Die Rheinterrasse hinter dem Hause des ADGB wäre der denkbar geeignetste Platz gewesen für eine solche Musteranlage. Man muß sich wundern, daß die Leipziger, die doch sonst geschäftstüchtig vom Weinteller bis zum Ausschichtsturm sind, sich diese Gelegenheit haben entgehen lassen, zu zeigen, was sie können.

Die Farbgebung des Gebäudes des ADGB. will uns auch nicht recht behagen. Entweder man nimmt das herrlich frische Rot, das die Buchdrucker und das graphische Gewerbe zur Inschrift ihrer Teilausstellung im Hause des ADGB wählten, oder man wählt eine andere leuchtende Farbe. Aber dieses typische „Taut-Rot“ sieht doch ein wenig zu proletisch aus und der rohe Mauerstein an der Außenfassade wirkt mit dem Eisengerippe fast genau so wie die besseren neuen Riefenfabriken in Rheinland-Westfalen. Vielleicht hat Max Taut diesen Eindruck sogar gewollt herbeigeführt? Das kann uns aber nicht hindern festzustellen, daß eine große Zahl von Besuchern diese Art „Naturalismus“ als unannehmbar bezeichneten.



Die konstruktive Idee des Sozialismus

Als Bebel, der bedeutendste Führer und Vorkämpfer der deutschen Sozialdemokratie, zu Anfang der 90er Jahre bei der sogenannten Zukunftsaussprache mit der Frage nach dem Aussehen des künftigen sozialdemokratischen Zukunftsstaates von dem freimütigen Führer Eugen Richter attackiert wurde, erwiderte er, daß es nicht Aufgabe einer Partei sei, eine zunächst wissenschaftlich gewonnene Erkenntnis in zukunftsstaatlichen Bildern auszumalen. Diese an sich richtige Bemerkung überließ indes beim damaligen Stand der Konsumgenossenschaftlichen Entwicklung der Dinge, daß die gestellte Frage ganz ruhig mit praktischen Hinweisen hätte beantwortet werden können. Was kaum ein Jahrzehnt später Karl Kautsky auch tat, indem er in einer seiner Schriften die Frage nach der „konstruktiven Idee des Sozialismus“ — denn dies war die Frage nach dem sozialistischen Zukunftsstaat — damit beantwortete, daß er die lokale sozialistische Organisation der Gesellschaft in einer riesigen Konsumgenossenschaft erblickte, die auf der Grundlage der Warenverteilung auch die Warenerzeugung organisierte.

Seitdem sind, trotz Weltkrieg, die stärksten Beispiele dafür geschaffen worden, daß das, was man mit dem Begriff „Sozialismus“ als Vorstellung zu verbinden pflegt, allmählich praktische Verwirklichung finden wird. Die konstruktive Idee des Sozialismus, welche im Breslauer Gewerkschaftsprogramm Wirtschaftsdemokratie geworden ist, lebt bereits praktisch in den tausenden von Konsumgenossenschaften der Welt, in den gewerkschaftlichen Arbeiterbanken und in den kommunalen oder staatlichen Wirtschaftsbetrieben.

Vor allem sicherlich in den Konsumgenossenschaftlichen Wirtschaftsbetrieben, weil sie, auf initiativer Entwicklung freier gesellschaftlicher Kräfte beruhend, aus sich selbst heraus die Wirtschaftsform schaffen, die im gemeindlichen und staatlichen Leben an das Wesen des Staates gebunden ist. Und wenn schon im Jahre 1892 die Tatsache zu verzeichnen gewesen wäre, daß in 34 Ländern der Welt rund 30 Millionen Konsumgenossenschaftlich organisierte Familien einen Warenwert im Betrage von rund 10 Milliarden Goldmark (das: Zehntausend Millionen) in einem einzigen Jahre von den bestehenden 27 000 Konsumgenossenschaften bezogen hätten, wie dies im Jahre 1925 der Fall war, dann wäre die Frage nach der konstruktiven Idee des Sozialismus wohl nicht aufgeworfen worden, ohne daß sich der Fragende — lächerlich gemacht hätte. Denn in den zehn Milliarden Warenwert stecken für 1½ bis 2 Milliarden Konsumgenossenschaftlicher Erzeugnisse, was deshalb von besonderer Bedeutung ist, weil die Vorstellung von Sozialismus sich im wesentlichen auf die Gütererzeugung bezog und die Güterverteilung mehr oder weniger negierte.

Im Laufe der Entwicklung von drei Jahrzehnten hat sich indes herausgestellt, daß die Organisation des Konsums und der Kaufkraft der Massen die sicherste Grundlage für die Regelung der Produktion

Einige Schritte vom Haupte des ADGB steht eine Konditorei, deren Erbauer das Farben- und Stilproblem für Ausstellungszwecke u. c. schon wesentlich besser erfaßt hat, obwohl dabei doch auch Zweck und Sinn des Gebäudes berücksichtigt werden mußten. Gewiß ist das große Buchstabenbild des ADGB am Abend ein treibendes Wahrzeichen. Aber am Tage, da keine elektrische Lichtwirkung in Frage kommt, müßte durch viel stärker ausgesprochene Eigenart des Hauses ein Gebäude geschaffen sein, an dem niemand achtlos vorübergeht, wie das jetzt zum großen Teil der Fall ist.

Wenn wir jetzt noch einiges von den Reizen, d. h. von den Ausstellungen der Einzelverbände sagen wollen, so will uns scheinen, daß auch hier erst mehr Erfahrung gesammelt werden muß, um ein voll befriedigendes Resultat zu erzielen. Wir haben aber sehr zahlreiche gute Ansätze. Sowohl der Metallarbeiterverband hat, abgesehen von den verunglückten Symbolfiguren, manches Gute zu zeigen als auch der Bergbau. Der Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband versucht durch zahlreiche geliebte bunte und anschauliche Statistiken, einen Einblick in die Welt seines Wesens und Könnens zu geben. Ebenso andere Verbände, besonders aber das graphische Gewerbe wirkt mit seinen Ausstellungen interessant und musterhaft. Diesen Teil des ADGB-Hauses möchten wir als durchaus beachtenswert ansprechen, der zu näheren Einzelstudien anreizt. Einzelsojen des Bundesvorstandes hingegen sind leider verunglückt, andere nicht genügend effektiv. Doch hier wird wohl bei weiteren Ausstellungen ein stärkerer Einheitswille sich bemerkbar machen müssen oder anders ausgedrückt, es muß auch hier mehr Zentralisation durch geeignete Vorarbeiten geschaffen werden, so daß dann der Gesamtrahmen stärker wirkt.

bietet und nicht nur für die Regelung, sondern für die Entwicklung der gemeinwirtschaftlichen Gütererzeugung selbst.

Daß diese Entwicklung ohne Grenzen in irgend einem wirtschaftlichen Tätigkeitsgebiete ist, zeigt die Tatsache, daß die englischen Konsumvereine außer einer großen Zahl von genossenschaftlichen industriellen Produktionsbetrieben aller Art auch einen — Bergwerksbetrieb besitzen.

Wie wenig diese Tatsache bekannt zu sein scheint, zeigte die demokratische „Frankfurter Zeitung“ vor einiger Zeit in einem an sich interessanten und deshalb lesenswerten Artikel über „Eine gewerkschaftliche Kohlengrube“. Die spanische Bergarbeitergewerkschaft in Asturias übernahm von einem Besitzer, der seinen 250 Arbeitern zwei Monate Lohn schuldig geblieben war, eine Kohlengrube zur Ausbeutung und mit einigem Erlaunen wird betont, daß das Unternehmen ökonomisch aus dem Rahmen der kapitalistischen Produktionsordnung eigentlich nicht heraustritt. Es handelte sich auch um keine Produktionsgenossenschaft, denn die mächtige, wehlausgebaute Bergarbeitergewerkschaft Asturias besitze Häuser, Konsum- und Produktionsgenossenschaften, unterhalte Spitäler, Apotheken und sogar Schulen.

All dies kann einem nur als erstaunlich vorkommen, wenn man die genossenschaftliche Expansionskraft in ihrem vollem Umfange nicht kennt. Denn daß es sich bei der Uebernahme der Kohlengrube durch eine Gewerkschaft um ein genossenschaftliches „Experiment“ handelt, ist fraglos. Und ebenso selbstverständlich, daß ein solches Unternehmen ökonomisch aus dem Rahmen der kapitalistischen Produktionsordnung „eigentlich nicht heraustritt“. Dies tun ja auch die Konsumgenossenschaften nicht — abgesehen von der nicht ganz einfachen Tatsache der Beschränkung auf den eigenen Markt und der Befolgung von sozialen Grundätzen, die die Privatwirtschaft ablehnt —, aber das Entscheidende für die charakteristische Bewertung der gemeinwirtschaftlichen Produktionsweise gegenüber der privatwirtschaftlichen bildet ja auch nicht die Art der Geschäftsführung, sondern das Besitzrecht an Produktionsmitteln und — Gewinn oder Ueberschuß des Unternehmens.

Vollkommene Uebereinstimmung mit dem Artikel des angesehenen Frankfurter Weltblattes kann bezüglich seiner Schlussfolgerung herrschen, wenn es meint, „daß diesem Versuch praktischen Gewerkschaftsgeistes alle Beachtung in dem Augenblick gehört, da die spanische Kohlenindustrie keinen Ausweg aus einer fortgesetzten, bis zum Zusammenbruchpunkt gestiegenen Krise zu finden imstande ist und in England die Frage der Rationalisierung des Bergbaues auf der Tagesordnung steht“.

Gewiß. Und daß heute ohne Frage nach einem sozialistischen Zukunftsstaat die Tatsache des Eigenbesitzes von Kohlengruben nur erst kommentiert wird und ihre Konsequenzen auf die Rationali-

Doch — es ist leichter zu kritisieren als es besser zu machen. Unter diesem Gesichtspunkte möchten wir das Gesamturteil dahin geben: Die Ausstellung des ADGB bietet für Sozialpolitiker, für Volkswirtschaftler, aber auch für den einfachen Arbeiter und Gewerkschafter eine Fülle von Anregungen, so daß der Besuch und die gründliche Besichtigung des Gebäudes jedem nicht dringend genug empfohlen werden kann.

Noch ist die Düsseldorf Ausstellung weitaus überwiegend von kapitalistischen Interessengruppen ausgestaltet. Sie geben den Ton an und beherrschen das Ganze. Das muß immer wieder festgesetzt werden. Andererseits sind doch zahlreiche Ansätze in der sozialpolitischen Leistung des heutigen Reiches, der Einzelstaaten und besonders der Gemeinden vorhanden, die in uns eine zukunftsreichere Hoffnung aufkommen lassen auf ein Zeitalter der Menschheit, das nicht mehr ausschließlich bewegt wird vom Interessentritt, Reichtum und Profitgier, sondern das den Menschen und die Menschenökonomie auch in der Wirtschaft zur Geltung bringt.

Die Gewerkschaften sind die Spezialpioniere auf diesem Gebiet. Unsere ganze Arbeit basiert ja darauf. Selbst die von verschiedenen Verbänden neuerdings stark in Angriff genommenen Bildungsbestrebungen wirken in starkem Ausmaße dahin, daß der Mensch wieder in Industrie, Handel, Handwerk und Landwirtschaft in den Vordergrund aller technischen und wirtschaftlichen Maßnahmen gestellt wird. Die Möglichkeiten hierfür sind im Zeitalter der Elektrizität so mannigfaltig, daß die Durchführung unendlich erweitert werden kann. Das beweist ganz besonders die Düsseldorf Ausstellung. Möge die Zeit der Erfüllung nicht erst unserer nächsten Generation beschieden sein.

GBL

Herungstendenzen in England ernsthaft in einem ernsthaften kapitalistischen Organ angezeigt werden, zeigt den ungeheuren Fortschritt der genossenschaftlichen Wirtschaftsform in den letzten 30 bis 35 Jahren. Es ist in der Tat kein Ziel gesetzt und auch die Wirtschaftsdemokratie der Gewerkschaften kann solche Tatsachen als Argument wägen für die Richtigkeit und praktische Möglichkeit des von ihr verfolgten Zieles.

Das Ganze aber zeigt die konstruktive Idee des Sozialismus als eine bereits ins Reich der Wirklichkeit eingetretene reale Tatsache mit hundertfältigen Beweisen.

◆ Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter ◆

Verbreitlichung der Wasserstraßen. Bekanntlich hat der Staatsgerichtshof Ende des Jahres 1925 in einer Streitfrage des Deutschen Reiches gegen die Länder Preußen, Sachsen, Bayern, Baden und Hessen folgende Entscheidung gefällt:

„Das Reich ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, die im Artikel 97 der Reichsverfassung ihm übertragenen Hoheitsrechte in der Reichswasserstraßenverwaltung durch selbstgeschaffene, reichseigene Behörden durchzuführen. Das Reich ist berechtigt, die Wasserstraßen so anzulegen, wie sie dem Reiche zweckmäßig erscheinen.“

Erfreulicherweise hat das Reichsverkehrsministerium aus dieser Entscheidung des Staatsgerichtshofes vorläufige Schlussfolgerungen gezogen und unter dem 24. Juli 1926 eine Denkschrift, enthaltend den Entwurf eines Reichsgesetzes über die Reichswasserstraßenverwaltung an die maßgebenden Instanzen weitergeleitet. Der Entwurf sieht gleichzeitig vor: Vereinbarungen mit den Ländern zwecks Übernahme des Personals bei der Einrichtung der reichseigenen Mittel- und Unterbehörden der Reichswasserstraßenverwaltung, eine Uebersicht über den Personalkostenbedarf beim Neubau im Vergleich zu den bisherigen Personalkosten, eine Uebersicht über Bedarf an Beamtenstellen nach erfolgtem Neubau und ein Verzeichnis der Mittel- und Unterbehörden nach dem gegenwärtigen Stande sowie ein Verzeichnis der Mittel- und Unterbehörden nach der erfolgten Umstellung. — Im künftigen Verwaltungsaufbau der Reichswasserstraßenbehörden ist vorgehen: a) das Reichsverkehrsministerium, b) die Mittelbehörde, c) die Reichswasserstraßendirektion und folgende 12 Bezirke:

- 1 Königsberg für den Bezirk Ostpreußen; 2 Breslau für den Oberbezirk; 3 Stettin für die mecklenburgischen Seewasserstraßen; 4 Berlin für die märkischen, Berliner und mecklenburgischen Wasserstraßen; 5 Magdeburg für die Elbe oberhalb Hamburgs bis zur deutschen Reichsgrenze und den Elbe-Trave-Kanal; 6 Hannover für den Mittelstrandkanal; 7 Hamburg für den Seewasserstraßenbezirk der Nordsee, beginnend an der Ems und endend in Kiel; 8 München; 9 Mainz für den Rhein; 10 München für die bayerischen Wasserstraßen; 11 Seewarte Hamburg; 12 Reichswasserstraßen.

Aufgabe unserer Organisation wird es nun sein, neben der Wahrung allgemeiner volkswirtschaftlicher Interessen auch dafür zu sorgen, daß für die bei der Reichswasserstraßendirektion beschäftigten Kollegen keine Nachteile eintreten. Schon vor Jahren, als es sich darum handelte, Arbeiter aus den einseitiglichen Verhältnissen unter die Reichsverwaltung zu stellen, hat es sich gezeigt, daß zwischen dem Versprechen und Halten des Reichsverkehrsministeriums manchmal ein gewaltiger Unterschied ist. Die Verbreitlichung der Reichswasserstraßen ist zu begrüßen, deshalb wäre es angebracht, wenn es den maßgebenden parlamentarischen Körperschaften endlich gelänge, die noch widerstrebenden Länder zur Vernunft zu bringen.

Der neugewählte Hauptbetriebsrat der Reichswasserstraßenverwaltung hielt am 3. August 1926 im Reichsverkehrsministerium seine konstituierende Vollversammlung ab. Neben der Berichterstattung des geschäftsführenden Ausschusses über Verarbeitung der Anträge aus der 11. Vollversammlung und der Stellungnahme zu einer Anzahl eingegangener Anträge kamen als die wichtigsten Tagesordnungspunkte noch der „Bericht über den Stand der Arbeiter- und Angestelltenpensionskasse beim Reichsanalamb Kiel“ und „Die Anmeldung künftiger Reichswasserstraßenarbeiter zur Eisenbahnarbeiterpensionskasse I“ zur Beratung. — Am 4. August fand dann der offizielle Zusammentritt des neugewählten Hauptbetriebsrats statt. Die neuen bzw. wiedergewählten Mitglieder waren bis auf den erkrankten Kollegen Behrens, Brate, anwesend. In seiner Stelle erschien Kollege Kummeh, Königsberg. In den Betriebsausschuss des Hauptbetriebsrats sind einstimmig gewählt worden: Max Frische, Harburg, als 1. Vorsitzender, Georg Wagner, Potsdam, als 2. Vorsitzender, und Friedrich Behrens, Brate, als Beisitzer. Der letztere gehört unserer Organisation an. Als vom Dienst zu befreiende Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses wurden die Kollegen Frische und Wagner gewählt. Die Sitzung befaßte sich sodann mit der Abänderung bzw. Neuaufstellung der Geschäftsordnung für

den Hauptbetriebsrat. — Bei der anschließenden Sitzung, an der die Regierungsvertreter teilnahmen, wurde eine Anzahl gestellter Anträge erledigt und insbesondere gewünscht, daß das Reichsverkehrsministerium in Zukunft den einzelnen Beschwerden mehr nachgeben und für Abstellung der vorgebrachten Mängel Sorge tragen wolle. In einer Beschwerde über die Beibehaltung von Handwerkern beim Schirrhof Brieq wurde das Reichsverkehrsministerium ersucht, die Angelegenheit nochmals nachzuprüfen und die bisher ausgesprochenen Kündigungen der Handwerker zurückzunehmen, bis das Ergebnis der Nachprüfung vorliegt. Zur weiteren Beschaffung von Wohnungen für Bedienstete der Reichswasserstraßenverwaltung wurde von Vertretern des Reichsverkehrsministeriums zugelegt, mit dem Reichsarbeitsministerium in Verbindung zu treten, jedoch der Meinung Ausdruck gegeben, daß eine endgültige Berechnung erst dann zu erwarten sei, wenn das Reichsverkehrsministerium mehr Einwirkung auf die für die Mittelverteilung maßgebenden Stellen erhalte. In der Ruhelohnverförsorgungskasse wurde vom Reichsverkehrsministerium darauf hingewiesen, daß nunmehr mit allem Nachdruck die Erledigung dieser wichtigen Frage erfolgen soll. Allerdings seien noch einige Schwierigkeiten zu überwinden. Erfreulicherweise ergab sich in dieser Frage Einmütigkeit zwischen dem Hauptbetriebsrat und den anwesenden Organisationsvertretern, so daß damit gerechnet werden darf, daß die Arbeiter bald wieder einer Ruhelohnverförsorgungskasse angehören. Von unserer Seite wurde ganz besonders betont, daß die Verhältnisse in Hamburg, Bremen und Lübeck einer baldigen Klärung bedürfen, was vom Reichsverkehrsministerium ebenfalls zugelegt wurde.

Fürth. An der gut besuchten Versammlung der Reichs- und Staatsarbeiter am 31. Juli referierte Kollege Griehinger über: „Die letzte Lohnerhöhung der Reichs- und Staatsarbeiter.“ In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß das Resultat, trotzdem es klein ist, einen moralischen Erfolg unserer Organisation darstellt. Von einzelnen Rednern wurde die Verkleppungstaktik der bayerischen Regierung geißelt. Folgende Entscheidung wurde angenommen: „Die heute, am 31. Juli, verammelten Reichs- und Staatsarbeiter Fürths stellen mit Bedauern fest, daß bei der letzten Lohnerhöhung gerade die am niedrigsten entlohnten Gruppen übergangen wurden und erwarten, daß das Reichsfinanzministerium allen Lohngruppen, auch den Ausgedienten, die Lohrerhöhung zuteil werden läßt. Wegen der Ruhelohnverförsorgung erwarten sie vom Reichsfinanzministerium, endlich einmal Ernst zu machen. Sie beauftragen den Hauptvorstand, nichts unversucht zu lassen, die Forderungen zu verwirklichen.“

Urlaub für schwerbeschädigte Arbeiter. In dieser Sache ist nachträglich dem Verbandsvorstand auch die Antwort des Ministeriums für die besetzten Gebiete zugegangen. Sie lautet:

„Der Reichsminister für die besetzten Gebiete. Tschub. Nr. II. B. 700.
Berlin B 9, Leipziger Platz 17, den 6. August 1926.
Leipziger Platz 17.“

Den schwerkriegsbeschädigten und schwerunfallverletzten Arbeitern meines Ministeriums ist ein von sieben Tage langer Urlaub, als es der Tarif vorseht, bewilligt worden. Die vom Herrn Reichsminister der Finanzen unterm 17. Juni 1926 in dieser Frage ergangene Anordnung ist auch für den Geschäftsbereich meines Ministeriums getroffen worden. In Vertretung. gez. A. Müller.“

◆ Aus der Spruchpraxis ◆

Arbeitgeber als Vorsitzende des Gewerbegerichts. Die Stadtverwaltung L. i. W. hatte einen Arbeiter des Gaswerks gekündigt und gegen diese Kündigung war beim Gewerbegericht Klage erhoben worden. Als Vorsitzender des Gewerbegerichts fungierte der Magistratsrat Z., der als Beamter der Stadt L. Dezernent des Gaswerks (!) ist und somit ganz einwandfrei als Arbeitgeber des beklagten Betriebes bezeichnet werden muß. Er Vorsitzende wurde von der klagenden Partei aus „Belorgnis vor Belangenheit“ abgelehnt. Gegen diese Ablehnung hat die Stadtverwaltung L. beim Landgericht Einspruch erhoben. Das Landgericht hat eine Entscheidung gefällt, die die im obigen festgelegte Beschränkung des Arbeitgebers als Vorsitzender des Gewerbegerichts einfach übergeht. In der Begründung heißt es, daß der Antrag als unbegründet zurückgewiesen wird, da die vorgebrachten Gründe nicht geeignet sind, das Mißtrauen in die Unparteilichkeit dieses Vorsitzenden zu rechtfertigen. Der abgelehnte Vorsitzende hat sich selbst nicht für belanglos erklärt. Er ist nicht an Willkür des Oberbürgermeisters gebunden und hat nach keinen Erklärungen auch für den zu entscheidenden Rechtsstreit Verfügungen irgendwelcher Art nicht erhalten.“ Solche Entscheidungen wie die vorliegende sind geeignet, das ohnehin schon bestehende Mißtrauen gegen die Unparteilichkeit unserer Gerichte wesentlich zu steigern.

Den englischen Staatsbediensteten soll das Koalitionsrecht genommen werden

Das englische Parlament, das vom 4. August bis zum 9. November seine Sommerferien angetreten hat (falls der Kohlenstreik anhalten sollte, muß es am Ende eines jeden Monats für einen Tag zusammentreten, um die sogenannte „technische Nothilfe“ zu erneuern, die man für die Dauer des Streiks einführt), erlebte am letzten Tage eine Ueberraschung: Winston Churchill, der Schatzkanzler, erklärte auf Anfrage, die Regierung werde sofort nach den Ferien im Herbst eine Vorlage einbringen, wonach es den im Staatsdienst beschäftigten Beamten und Angestellten unmöglich gemacht werden soll, vom Koalitionsrecht Gebrauch zu machen. Es soll, wie Churchill erklärte, denselben verboten werden einer Gewerkschaft oder einer politischen Partei anzugehören. Nach bestimmten vorliegenden, aus parlamentarischen Streifen stammenden Nachrichten soll die Regierung den Plan verfolgen, das bestehende Koalitionsrecht zu „revidieren“, und ein Teil dieser Revision soll darin bestehen, die im staatlichen Dienst beschäftigten Beamten und Angestellten zu Bürgern zweiter Klasse zu stempeln, die fürderhin wohl Pflichten aber keine Rechte haben sollen. Begründet hat die Regierung ihr Vorgehen mit den Vorkommnissen zur Zeit des Generalstreiks. Trotzdem die Regierung bei diesem gigantischen Ringen, das die Arbeiterklasse zur Verteidigung des Lebensstandards einer Industriegruppe gewagt hat und zu den grandiosen Anstrengungen des internationalen Proletariats überhaupt gerechnet werden muß, den vollen Sieg davontrug und eine Reihe von Verbandstagen ihren Willen dahingehend kundgetan haben: Sympathie- und Generalstreik gehören nicht mehr zu den gewerkschaftlichen Kampfmitteln, will sie ein Beispiel dadurch statuieren, daß sie die Rechte der Arbeiter beschneiden.

Das Vorgehen der Regierung gegen die Beamten und Angestellten ist um so sonderbarer, als diese nicht direkt am Streik beteiligt waren. Bekanntlich blieb der Generalstreik auf die lebenswichtigen Industrien, wie Transport, Verkehr und Zeitungswesen, beschränkt. Die Regierung hatte lange vor Ausbruch des Streiks im geheimen eine Abwehrorganisation geschaffen, in deren Mittelpunkt allerdings die staatlichen Angestellten und Beamten stehen sollten. In diesem Fall entstand nicht die Notwendigkeit, dieses Heer zu Streikbrechenden heranzuziehen, da die Masse der Arbeitswilligen von den Universitäten, Hochschulen und Krankenhäusern (Arztaspiranten) gestellt wurden. Trotzdem will die Regierung, wie sie sagt, für alle Fälle vorbereiten, weshalb sie zur Vernichtung der Koalitionsfreiheit schreiten will.

Wie weit es gelingen wird, den Plan zur Verwirklichung zu bringen, kann vorläufig nicht gesagt werden, wohl aber das eine: Jeder Versuch, die Grundrechte des englischen Volkes anzutasten, wird auf den schärfsten Widerstand stoßen. Das englische Koalitionsrecht wurde 1824 eingeführt. Es bildet eines der Grundsteine der modernen englischen Demokratie. Bei der Schaffung des Koalitionsrechts wurde keinerlei Unterschied gemacht zwischen Arbeitern und Angestellten der Privatindustrie und denjenigen im staatlichen Dienst. Es galt der Grundsatz: gleiches Recht für alle!

Nun ist aber der Regierungsplan zur Beschneidung des Koalitionsrechts nur ein Teil des allgemeinen Planes zur Durchlöcherung des Koalitionsrechtes. In wiederholten Erklärungen haben sich Mitglieder der Regierung dahingehend ausgesprochen, durch Gesetze zu einer Beschneidung der Gewerkschaftsrechte überhaupt schreiten zu wollen. So will man durch Gesetz einen zukünftigen Generalstreik unmöglich machen!

Das englische Koalitionsrecht besteht eigentlich aus einer Charte oder Freibrief und fällt als solches nicht unter das gemeine Recht. Nach schweren Kämpfen, die das ganze Land aufwühlten, wurde das englische Koalitionsrecht in den Gesetzen von 1871 und 1876 verankert. Bestand auch das Koalitionsrecht seit dem Jahre 1824, so war doch der Gewerkschaftskampf bis zum Jahre 1876 durch allerlei gesetzliche Verfallungen beschränkt. Die vorherrschende Auffassung der Richter und des Unternehmertums ging dahin, in dem Verlangen der Arbeiterklasse, durch Tarifvertrag Einfluß auf die Gestaltung von Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gewinnen, einen unverantwortlichen Eingriff in das „freie Verfügungsrecht“ der Unternehmer zu erblicken. Die „individuelle Freiheit“ des klassischen Liberalismus konnte nur den privaten Arbeitsvertrag zwischen Arbeiter und Unternehmer! Mit allen Mitteln versuchte man die Schaffung großer nationaler Gewerkschaften zu verhindern; die Gewerkschaftsvereinigungen waren der Gefahr richtiger Eingriffe ausgesetzt. Das von der konservativen Regierung in 1876 geschaffene Koalitionsrecht bedeutete im wahren Sinne des Wortes eine Revolution der englischen Rechtsverhältnisse. Der Tarifvertrag wurde bis zu einem gewissen Grade legalisiert, das

Streikpostenstreichen gesetzlich erlaubt, die Gewerkschaftsvereinigungen geschützt. Die Gewerkschaften errangen ihre Charte.

Die jetzige konservative Regierung will das Koalitionsrecht angreifen, will die Rechte der Arbeiter beschneiden. Wie der Minister Lord Birkenhead in einer konservativen Versammlung am 21. Juni erklärte, „sei die Zeit gekommen, das bestehende Koalitionsrecht zu revidieren“. In parlamentarischen Kreisen wird dann auch damit gerechnet, die Regierung werde im Herbst ihre Absicht verwirklichen.

Schon einmal wurde das Koalitionsrecht revidiert durch ein „Richtergesetz“ im Jahre 1899, und zwar durch das berühmte „Taff-Bale-Urteil“, das in 1901 durch das höchste Gericht, die Lordrichter-Kammer, bestätigt wurde. Durch diesen richterlichen Eingriff wurde das Koalitionsrecht durchlöchert. Nach hartnäckigen Kämpfen entstand in 1906 der Trades-Disputes-Act (Gesetz über die gewerblichen Streitigkeiten), der das alte Koalitionsrecht wiederherstellte.

Der Unterschied zwischen 1899 und jetzt besteht nun darin, daß damals die Gerichte das Gesetz durchlöcherten, während heute eine konservative Regierung dazu übergehen will, das bestehende Gesetz aus sich heraus illusorisch zu machen. Wie sich die Regierung den Angriff auf die Grundrechte der Arbeiter vorstellt, ist — außer dem Angriff auf das Koalitionsrecht der Beamten und Angestellten im Staatsdienst — noch nicht klar ersichtlich. Was aber jetzt schon gesagt werden kann, ist: die Gewerkschaften werden es verstehen, sich gerade so wie in der Vergangenheit zur Wehr zu setzen, wenn es gilt, erworbene Rechte zu verteidigen. Das Koalitionsrecht ist für das englische Volk ein Stück Verfassung, was sich sehr deutlich bei der Beendigung des Generalstreiks zeigte. Als die Unternehmer sofort nach dem Kampf versuchten, die vor dem Streik bestandenen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, da erklärten die im Generalstreik benutzten Arbeitswilligen, sie hätten sich wohl der Regierung zur Verteidigung der Verfassung zur Verfügung gestellt, weigerten sich aber, den Arbeitgebern bei dem Versuch, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, zu helfen.

Bald wird sich zeigen, wie sich die Regierung den Kampf gegen das Koalitionsrecht vorstellt. Einem Vertreter des „Daily Chronicle“ gegenüber erklärte das Parlamentsmitglied Ammon, Organisationsleiter des Verbandes der Postangestellten: „Wir werden uns mit aller Macht gegen den Versuch, den im Staatsdienst beschäftigten Angestellten das Koalitionsrecht zu rauben, zur Wehr setzen. Zunächst haben wir die Ankündigung des ersten Aktes im Regierungsplan zur Beschneidung der Gewerkschaftsrechte. Hier hat die Regierung einen Schlag ins Wasser getan.“ B. Weingary.

Niederländischer Verbandstag in Arnheim

Unsere Bruderorganisation feierte ihr fünfundsiebenzigjähriges Verbandsjubiläum in Verbindung mit ihrem Verbandstag vom 25. bis 28. Juli 1926 in Arnheim. In einer glanzvollen Eröffnungsrede gab der erste Vorsitzende des holländischen Verbandes, unser internationaler Sekretär, Kollege van Hinte, einen interessanten Ueberblick über die geschichtliche Entwicklung der holländischen Organisation in den letzten 25 Jahren. Vieles vom Programm ist in Erfüllung gegangen, und der Bund hat manche seiner Forderungen durchsetzen können. Die Sklaverei und Abhängigkeit der Kollegen aus früherer Zeit ist verschwunden, insbesondere ist der Achtstundentag das Verdienst des Verbandes. Mit der glänzenden Entwicklung der Gemeindebetriebe in Holland ist auch die Organisation Schritt um Schritt vorwärts gekommen. Sie zählt heute über 13 000 Mitglieder, während alle andern Einzelverbände, Gruppen und gegnerischen Organisationen zusammen kaum 12 000 umfassen.

Die Internationale war aus Anlaß dieser fünfundsiebenzigjährigen Feier besonders zahlreich vertreten. Von England der Vorsitzende der Internationale, Levenan und Will Thorne, von Deutschland Müntner und Dittmer, von Schweden Nordgreen, von Dänemark Thomson, von Oesterreich Jelenka, von Belgien Untroever und Terlingen. In den Begrüßungsreden wies Kollege Müntner darauf hin, daß die Organisationen wohl zu vergleichen seien mit dem menschlichen Leben. Jetzt, da die holländische Organisation in das Reifealter gekommen ist, sieht sie auf der Höhe ihrer Leistungen und Aufgaben. Wir können mit Freude feststellen, daß unsere holländische Bruderorganisation vieles geleistet hat, was auch für uns als Vorbildlich gelten kann.

Kollege Jelenka schilderte in seinen Begrüßungsworten die schwierigen sozialpolitischen Kämpfe in Oesterreich. Der ungeheure

Abbau von Angestellten und Beamten bei der Verkleinerung Oesterreichs haben natürlich auch die Organisation sehr schwer erfaßt. Nun aber seien die Grundlagen für den Aufstieg wieder geschaffen worden.

Am Nachmittag des ersten Tages folgte eine größere Festigung, in der die holländischen Kollegen unter besonderen Festansprachen den Angestellten des Verbandes besondere Geschenke unterbreiteten. Darunter war auch ein prächtiges Portrait des Kollegen van Hinte, ferner eine große Standuhr für das Verbandsbureau mit prachtvoller Holzschneiderei. Kollege Wildenbos hatte die Aufgabe, der Verdienste der Begründer der Organisation zu gedenken. Er brachte das in überaus interessanter und ausführlicher Weise fertig. Namens der gesamten holländischen Arbeiterschaft wies deren Vorsitzende Steenhuis darauf hin, was 25 Jahre holländischer Arbeiterbewegung bedeute und wie sich seitdem die politische und wirtschaftliche Situation entwickelt hat. Alle diese Reden waren von kameradschaftlichem einheitslichem Geist getragen und wurden mit großem Beifall von den Delegierten des Verbandstages aufgenommen. In den folgenden Tagen wurden der Sekretariatsbericht sowie die Berichte des Kassierers und der Redaktion entgegengenommen. Eine eingehende Diskussion setzte hierzu ein, die aber vornehmlich und fast ausschließlich im zustimmenden, anerkennenden Sinne gehalten war. Ueberhaupt verlief der holländische Verbandstag in einem wunderbaren, brüderlichen, fröhlichen Ton, so daß er in jeder Beziehung als mustergültig bezeichnet werden muß.

Die Vorstandswahlen ergaben die einstimmige Wiederwahl des Kollegen van Hinte als Vorsitzenden und Redakteur. Ebenso wurden die Kollegen van Meurs als Sekretär, Vindeman als Kassierer, sowie die anderen Kollegen vom Verbandsverband wiedergewählt. An einem Abend waren die zahlreichen ausländischen Gäste, die Vertreter der ausländischen Bruderorganisation, zu einem besonderen Festbankett vereinigt, das von seiten des Verbandes gegeben wurde, und an welchem insbesondere der internationalen Beziehungen der holländischen Organisation gedacht wurde. Auch hier sind noch einmal von den Vertretern der einzelnen ausländischen Organisationen die Glückwünsche der einzelnen Verbände dargebracht worden. Der holländische Verbandstag bildet ein Musterbeispiel für planmäßige systematische Organisationsarbeit. Die ganze Veranstaltung muß als in jeder Beziehung gelungen bezeichnet werden. E. D.



Unsere 1. Sommerferienreise vom 21. bis 28. August 1927 nach Prag, Wien, Salzburg.

Bei genügender Beteiligung soll sie im nächsten Jahre stattfinden. Eine Woche dauert sie, führt uns in drei der schönsten Städte der Welt, zeigt uns herrliche Landschaften des verschiedensten Charakters. Unterhalbtausend Kilometer legen wir zurück zu Bahn und zu Schiff, Verpflegung und Unterkunft soll vorzüglich werden, und all das kostet insgesamt 160 Mk.

Wir treffen uns Sonntag, den 21. August, vormittags, in Dresden, finden wahrscheinlich noch Zeit, die schöne Stadt zu besichtigen, und fahren gegen Mittag mit dem Sonderzug das Elbtal hinauf, an den romantischen Sandsteinschlüssen vorbei, hinein nach Böhmen. Prag ist unser erstes Ziel. Prag, die Hauptstadt des neuen Staates der Tschechoslowakei, Prag, die alte Stadt mit dem märchenhaft aufragenden Hradschin, die Stadt gotischer Bauten, malerischer Winkel. Die historische Stadt, die soviel Kämpfe toben und Blut fließen sah und in der heut der Nationalitätenzeit innerhalb des gleichen Reichs noch nicht zur Ruhe gekommen ist. Vom Sonntag nachmittag bis Dienstag früh bleiben wir in ihr, uns bemühend, ihr legendenumwobenes altes Gemäuer kennen zu lernen, wie ihr modernes, lebhaft pulsierendes Leben. Dazu lösen wir uns auf in Gruppen von 70 Personen, geführt von dortigen Kollegen. Keiner braucht also Sorge zu haben, weil wir eine große Gesellschaft bilden, kommt der einzelne zu kurz.

Fahren wir dann weiter durch die fruchtbare, blühende Ebene Mährens, so schön wir am Nachmittag den Stephansdom von Wien uns schon von weitem grüßen. Dann kommt wie eine unendliche Herde, das breit ausladende Häulermeer der österreichischen Hauptstadt. Wir sehen die breite, schon langsam und behäbig geworden Donau. Und nachdem wir angehalten sind, erblickt sich die Pracht der vielbesungenen Stadt. Wir lernen sie kennen, die alte wie die neue. Und die letztere interessiert uns mehr als die erstere. Kennen lernen wollen wir Wien als das lebendige Beispiel einer Gemeindepolitik, wie die Arbeiterschaft sie pflegt. Nur zu rasch werden

uns die Tage verfliegen. Am Freitag vormittag verlassen wir Wien und der Zug trägt uns in eine ganz andere Landschaft, in die Alpen, damit wir das deutsche Kleinod in ihnen besuchen: Salzburg. Wir durchstreifen die Stadt wie ihre Umgebung bis Sonntag vormittag. Dann fahren wir heim. Am Nachmittag löst sich unsere Reisegesellschaft in Nürnberg auf.

Wen lockt es nicht, die Fahrt mitmachen zu können? Ein Jahr noch ist es hin, bis sie stattfindet. Also kann man sich das Geld dafür zusammensparen bei den Sparabteilungen der Arbeiterbank. Man meldet sich zur Reise möglichst gleich bei der Filiale an und zahlt fünf Mark als Anmeldeeinzahlung. Die werden natürlich auf die 100 Mark angerechnet, sie verfallen aber, wenn man von der Reise zurücktritt. Man erhält nach der Anmeldung von der Filiale eine Teilnehmerkarte der Reise, die sorgfältig aufzubewahren ist. Wenn man nun jetzt schon sich anmeldet, muß man also 2 Mk. pro Woche sparen. Je eher man beginnt, desto leichter wird es fallen, die ganze Summe aufzubringen. Ab 1. Oktober kostet für jeden Monat spätere Anmeldung 2 Mk. mehr. Wer im Mai 1927 erst sich anmeldet, muß also 116 statt 100 Mk. zahlen. Die Reisekosten müssen bis 15. Juli 1927 aufgebracht sein. Kollegen und Kolleginnen, meldet euch also gleich für die Reise an!

Ferienkursus des Bezirks Rheinspitz-Saargebiet in Hönningen vom 1. bis 8. August 1926.

Welch lustiges Pflöchen, diese Pfälzer! Um so mehr fiel es mir auf, als ich gerade von dem Kursus für die so ersten und schweren Westfalen kam. Da klang das Haus ständig wider — natürlich außerhalb der Unterrichtszeit, die ebenso gründlich ausgeübt wurde wie bei den anderen Kursen — von Lachen und Liedern. Und ein künstlerisch begabter Kollege entfaltete sich nach dem anderen und trug zur frohen Unterhaltung in der Freizeit mit bei. Nicht nur, daß da ein von einem Teilnehmer eigens gedichteter Prolog bei der Begrüßungsfeier vorgetragen wurde, bei dem lustigen Beisammensein jeden Abend tauchten bald heitere Spott- und Verherrlichungslieder des Kurzes und seiner Teilnehmer auf. Und dann war da ein Kollege von unverwundlichem Humor und einer hervorragenden Singstimme, der uns bald zu brühendem Lachen, bald zu innigen Lächeln und bald zu heller Begeisterung hinführte. Jeder Ausfallteilnehmer wird an ihn freudig zurückdenken. Sogar ein als Maler begabter Kollege erfreute uns mit Aquarellen der Umgebung. Die war allerdings schön und romantisch wie selten eine. Das Pflöchen umschreiten die sanft geschwungenen, tannenbestandenen Höhen des Pfälzer Waldes. In dem kleinen Hönningen lehnen sich die Bauernhäuser an die Ruinen eines früheren Augustinerklosters, von dem späte Giebelmauern wie gewaltige Stelzen in der fruchtschweren, sommerlichen Landschaft standen. Und schauten wir von dem Hübelstrüben hinab nach der anderen Seite, wo ein herrliches in Ernte stehendes Tal breit ausläuft, bis es in blauem Mist der Ferne sich verliert, dann blieb schließlich immer der Blick haften an den mächtigen Trümmern des Schlosses Alt Leiningen. Wir muhten daran denken, wie diese blühende Pfalz so oft von den Kriegszerstörungen heimgeschickt wurde. Im stillen bewundert man dann dieses Volk um so mehr, daß es sich seine Lebenslust bewahrt hat und man achtet seine etwas laute Art als ein Zeichen unverwundlicher Kraft.

Unter den 38 Teilnehmern des Kurzes befanden sich auch einige Kollegen aus dem Saargebiet. Das verdient anerkennende Erwähnung, da sie bei der Inflation des französischen Franken besondere finanzielle Opfer zu bringen hatten. Wenn sie trotzdem gekommen sind, so buchen wir das als ein erfreuliches Zeichen dafür, wie stark das Bildungsstreben überall in unserem Verband vorbereitet ist. Denken wir schmerzlich an die Trennung des Saargebietes von Deutschland, so kommt uns dabei auch jenes schöne Gedicht von Karl Bröger — wir widmeten der Arbeiterdichtung einen Abend — ins Gedächtnis, in dem es heißt: Stets haben wir eine tiefe Liebe zu dir gekannt, bloß wir haben sie nie mit einem Namen genannt, aber herrlich zeigte es deine größte Gefahr, daß dein ärmster Sohn, auch dein getreuester war. Denn es, o Deutschland!

Eine Besonderheit dieses Kurzes war auch die verhältnismäßig starke Beteiligung von Kolleginnen, sechs an der Zahl. Untergebracht und verpflegt wurden wir in dem schönen Heim der Stadt Ludwigs-hafen für ihre Arbeiter.

Bei dem Kursus wurden wir wie selten von schönem Wetter begünstigt. Deshalb machten wir den gelungenen Versuch, den Unterricht ganz auf den Vormittag unter Ausbeutung der kleinen Stundenpausen zu verlegen. So wurde es ermöglicht, den Aufenthalt in diesem Kulturort ausgiebig zur Ferienholung auszunutzen. Trotzdem kamen die schriftlichen Arbeiten nicht zu kurz. Nur schade, daß der Kursus bloß eine Woche dauern konnte. H.

♦ Aus den deutschen Gewerkschaften ♦

Aufruf zur Unterstützung der englischen Bergarbeiter

Die Vorstände des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IOGB.) in Amsterdam und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erlassen folgende Aufrufe:

Am 9. August erhielten wir ein Schreiben vom Generatrat des englischen Gewerkschaftsbundes, durch das wir in Uebereinstimmung mit den für die internationalen Hilfsaktionen bestehenden Bestimmungen ersucht wurden, eine Hilfsaktion für die englischen Bergarbeiter einzuleiten.

Wir kommen dieser Aufforderung sofort nach und haben die Landeszentralen bereits ersucht, unverzüglich in der ihnen geeignet erscheinenden Weise Sammlungen einzuleiten. Wir zweifeln nicht daran, daß die internationale Arbeiterschaft mit Freuden bereit ist, den englischen Bergarbeitern in ihrem schweren Kampfe beizustehen und ihnen in gleicher Weise wie bei der soeben abgeschlossenen großen Unterstützungsaktion zugunsten der ganzen britischen Gewerkschaftsbewegung internationale Solidarität zu beweisen.

Amsterdam, den 9. August 1926.

Internationaler Gewerkschaftsbund.

Wie aus der Aufforderung des Internationalen Gewerkschaftsbundes hervorgeht, hat der Generatrat der englischen Gewerkschaften angeichts der Fortdauer des schweren Kampfes, in dem die englischen Bergarbeiter seit über drei Monaten stehen, den Antrag gestellt, eine Sammlung der internationalen Arbeiterschaft zur Unterstützung der englischen Bergarbeiter in die Wege zu leiten.

Die deutsche Arbeiterschaft wird trotz der schweren Notlage, in der sie sich seit über dreiviertel Jahren befindet, hinter den Arbeitern der anderen Länder in der praktischen Betätigung ihrer internationalen Solidarität nicht zurückbleiben wollen. Sie hat von jeher in vorderster Linie gestanden, wenn es galt, ausländischen Kameraden im Kampfe beizustehen. Der Bundesvorstand wendet sich daher an alle Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, den englischen Bergarbeitern nach Kräften die erwünschte Hilfe zu gewähren.

Der Bundesvorstand fordert hiermit die Ortsauschüsse auf, die Unterstützungsbeiträge der Mitglieder entgegenzunehmen und baldmöglichst an die Bundeskasse in Berlin zur Weiterleitung an den IOGB. abzuführen.

Berlin, den 13. August 1926.

Der Vorstand des ADGB.

Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands hielt vom 4. bis 10. Juli 1926 in Saarbrücken seinen 25. Verbandstag ab. Eingeleitet wurde die Tagung durch eine Kundendemonstration von 32.000 Teilnehmern, die für eine Wiedervereinigung des Saargebietes mit Deutschland, gegen die ungenügende Entlohnung und die schlechten sozialen Verhältnisse der Saarbergarbeiter eintraten. Der Geschäftsbericht des Verbandsvorsitzenden Husemann befaßte sich insbesondere mit der ungeheuren Bergbaukrise, durch die bereits 822.000 Bergarbeiter abgebaut worden sind. Diese Krise wirkt sich auch in der großen Summe der Arbeitslosenunterstützung aus, die der Verband in den Jahren 1924 und 1925 gezahlt hat. Er verausgabte für diesen Posten 1.314.137 Mk., der größte Betrag aller Ausgaben, den der Verband in diesen Jahren gezahlt hat. Die Mitgliederzahl des Verbandes sank infolge dieser Krise von 249.670 im ersten Quartal 1924 auf 187.723 im ersten Quartal 1926. Zu diesem Referat wurde eine Resolution angenommen, die u. a. die beschleunigte Durchführung der Zahnkanalisierung und die Ermäßigung der Eisenbahntarife verlangt, sowie Maßnahmen gegenüber der Hütten-Industrie bezüglich der Abnahme der Erze für dringend erforderlich hält. Es folgte dann ein Referat des Kollegen Borgschulze über „Sozialpolitische Fragen“, worauf der Verbandsvorsitzende Bittner den Rassenbericht erstattete. Daraus ist zu entnehmen, daß das gesamte Vermögen des Verbandes 4.323.942 Mk. beträgt. Es ist trotz der großen Ausgaben der letzten Jahre um eine Million höher als im Jahre 1913. Nach Erstattung der Geschäftsberichte wurden Entschickungen angenommen, die sich für einen Ausbau der sozialen Beschaffung und für höhere Löhne der Saarbergarbeiter aussprechen. Hierauf hielt der Sekretär der Bergarbeiter-Internationale, Franz Hodges, ein Referat über internationale Bergarbeiterprobleme. Hierzu wurde folgende Entschickung angenommen:

„Die 25. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands sendet den kämpfenden Kameraden in Großbritannien strenge Freundschaft und bezeugt, ihrem großen Kampfe auch weiterhin nach besten Kräften geistliche und gewerkschaftliche Unterstützung zuteil werden zu lassen. Die Generalversammlung weicht sich mit dem Internationalen Bergarbeiterkomitee ein, daß der Versuch der britischen Bergbauunternehmer und der britischen Regierung, die Arbeitszeit zu verlängern, eine ernste Bedrohung der Interessen aller Bergleute sowie der Arbeiter aller anderen Berufe bedeutet. Der Verbandsvorstand wird

beauftragt, seine Bemühungen zur Verhinderung der Kohlenausfuhr nach England fortzusetzen und alle möglichen Maßnahmen zu ergreifen, den englischen Kameraden zum Erfolge zu verhelfen.“

Ueber „Arbeitslosenversicherung und Arbeitsnachweis“ referierte das Vorstandsmitglied Martmöller. Dazu faßte der Verbandstag folgende Entschickung:

„Die 25. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands hält die baldige Schaffung einer Arbeitslosenversicherung für dringend erforderlich. Der von der Reichsregierung vorgelegte Entwurf eines Arbeitslosenversicherungsgesetzes entspricht jedoch nicht den berechtigten Forderungen der Gewerkschaften. Die Generalversammlung erjudet deshalb Reichstag und Reichsregierung dringend, bei Beratung des Gesetzentwurfes folgende Punkte zu berücksichtigen: 1. Die Prüfung der Bedürftigkeit ist in jedem Falle zu beseitigen und der Rechtsanspruch der Versicherten in vollem Umfange zu gewährleisten. 2. Die Pflichtarbeit ist zu beseitigen. 3. Die Anwartschaftszeit ist auf höchstens 13 Wochen und die Wartezeit auf drei Tage festzusetzen. 4. Die für die Bemessung der Beiträge und der Unterstützung vorgesehenen Einheitslohnklassen sind über 40 Mk. hinaus zu vermindern; die unterste Staffel soll mindestens 15 Mk. betragen. 5. Als Hauptunterstützung sind mindestens 50 Proz. des Einheitslohnes zu gewähren. 6. Die Gesamtunterstützung soll bis zu 80 Proz. des Einheitslohnes betragen dürfen. 7. Die Streik Klausel ist so zu ändern, daß nur unmittelbar an einem Streik oder einer Aussperrung Beteiligte keine Unterstützung erhalten. 8. Die Arbeiterunterstützung ist durch das Arbeitslosenversicherungsgesetz einzuführen. 9. Der Aufbau der Arbeitslosenversicherung hat in enger Verbindung mit den Arbeitsnachweisämtern organisch auf zentraler Grundlage von der untersten Stufe aus unter voller Selbstverwaltung der Beitragsträger zu erfolgen, wobei die Selbstverwaltung der Arbeitsnachweisämter einer wesentlichen Erweiterung bedarf. 10. Für die Beschaffung von Arbeit, als die wirksamste Unterstützung für die Erwerbslosen, sind in weitestgehendem Maße von Reich, Ländern und Gemeinden alle Mittel zur Verfügung zu stellen.“

Eine weitere Resolution verlangt besondere Arbeitsnachweise für den Bergbau, die von den Gewerkschaften und Gemeinden verwaltet werden. — In seinem Referat über „Bergarbeiter-schutz“ legte Schudg die Ursachen und den Umfang der Unfälle im Bergbau dar. Reichsamtl. sind im Jahre 1925 nicht weniger als 113.169 Unfälle im preussischen Bergbau festgestellt worden, wovon 1564 tödlich verliefen. Das sind auf 1000 Bergarbeiter rund 3 Unfälle. Wie stark hier an den deutschen Bergarbeitern gesündigt wird, zeigen Vergleichszahlen aus England, Belgien und der Tschechoslowakei, wo die Prototaufendziffern nur 0,99, 1,17 und 1,33 betragen. In folgender Resolution stellte der Bergarbeiterkongress seine Forderungen:

„Die sich in den letzten Jahren mehrenden Unfälle im deutschen Bergbau veranlassen die 25. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, auf dem Gebiete des Bergarbeiterschutzes folgende Forderungen zu erheben: 1. Weitestgehende Mitbestimmung der Bergarbeiter in allen Angelegenheiten des Bergarbeiterschutzes, insbesondere Einführung von Grubenkontrolloren aus den Reihen der Arbeiter für alle Bergbauarten und -reviere. 2. Übernahme der bergbauähnlichen Berufsanstalten, Hauptrettungsstellen und Bergschulen auf den Staat. 3. Ausreichende Bestimmungen zum Schutze gegen den Staub (Kohlen- und Steinstaub). 4. Verschärfte Aufmerksamkeit bei der Einführung technischer Neuerungen, damit keine neuen Gefahrenquellen (Stromströme, Reifjunker usw.) geschaffen werden. 5. Einführung brauchbarer Grubengasanzeiger. 6. Schärfer umrissene Schutzbestimmungen bei Beschäftigung der Betriebspunkten mit heißen Temperaturen. 7. Befreiung der Zwischenbeamten (Fahrtseiger), die von der gesetzlichen Verantwortungspflicht nicht erfasst sind. Die Generalversammlung erwartet von den bergbautreibenden deutschen Ländern, daß sie diese Forderungen baldmöglichst in die Tat umsetzen. Ferner fordert die Generalversammlung die Schaffung eines Reichsberggesetzes.“

Die Neuwahl des Vorstandes ergab: Husemann und Waldheder, Vorsitzende; Bittner, Kassierer; Balle, Borgschulze, Martmöller und Schmidt, Sekretäre. Die Verbandsbeiträge wurden auf ein Achtel des Schichtlohnes festgesetzt. Professor Dr. Singheim referierte dann über „Grundrechte und Grundpflichten aus dem Tarifvertrage“. Ihm folgte Balle mit einem Bericht vom Gewerkschaftskongress in Breslau. In der hierzu angenommenen Resolution heißt es unter anderem:

„Mit der Entwidlung der Betriebszusammenschlüsse hat die Anstellung der Arbeiterorganisationen in Deutschland nicht Schritt gehalten. Diese sind oft in mehr als einem Tugend Berufsorganisationen an Verhandlungen und Kämpfen um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen beteiligt. Hierdurch werden unzählige Kräfte absorbiert. Deshalb fordert die 25. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands den Zusammenschluß aller im Bergbau und seinen Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter zu einem Bergbau-Industrieverbande. Sie beauftragt den Vorstand, in Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Organisationen diese Forderung zu vertreten.“

Zum Schluß fand noch eine Resolution Annahme, in der verlangt wird, das bei den Bergarbeitern stark auftretende Astigmatismus (Augenzittern) sowie die Linsenversteinerung als Berufskrankheiten und somit als Berufsunfälle auf Grund der Verordnung vom 12. Mai 1925 anzuerkennen.

Landtraßenwärter

Die Konferenz der Chausseewärter der ober-schlesischen Kreise beschäftigte sich am 8. August 1926 in Oppeln mit der Gewährung von Ruhelohn und zukünftigen Lohnbewegungen. Referenten zu diesen Fragen waren die Kollegen Wisziet und Heinze. Reiserate und Diskussion bewegten sich in der Anschauung, daß es ein Unrecht sei, die Arbeiter einer öffentlichen Behörde anders zu behandeln, als die Beamten. Besonders die Diskussionsredner schil- derten, wie oft nach 30. bis 40-jähriger Dienstzeit die Arbeiter wie ausgepreßte Zitronen aufs Straßensplaster geworfen werden. Es sei auch nicht einzusehen, wie die ober-schlesischen Kreisverwaltungen es begründen wollen, daß sie im Gegenzug zu den Gemeinden und Kreisverwaltungen des übrigen Preußens eine Ausnahmestellung einnehmen wollen. Es müsse doch eine selbstverständliche Ehren- pflicht sein, nicht einem Arbeiter nach 30., 40-jähriger Dienstzeit zu- muten, daß er nach seiner Entlassung Armenunterstützung nach- suchen muß. Man könne sich auch nicht darauf berufen, daß ein- zelne Kreise von Fall zu Fall eine meist völlig ungenügende Unter- stützung ihren Chausseewärtern im Alter geben, da besonders Ober- schlesien Kreisverwaltungen hat, die auch nicht das mindeste soziale Empfinden besitzen. Wie trüb die soziale Rückständigkeit ober- schlesischer Kreisverwaltungen ist, zeigt recht drastisch folgendes Bei- spiel: Im Kreise Gleiwitz ist neben anderen Chausseewärtern auch einer mit 40-jähriger Dienstzeit beim Kreise obgebaut worden. Als besondere Gnade will man ihn jetzt nach 40-jähriger Dienstzeit emmal ab und zu als Hilfsarbeiter beschäftigen; wohl deshalb, damit der Mann nicht schnell, sondern nur langsam verhungert. Bei derartigen sozialen Leistungen ist es selbstverständlich, daß die Chausseewärter den Antrag, Schaffung einer generellen Ruhe-lohn- ordnung für die ober-schlesischen Kreisverwaltungen niemals von der Tagesordnung verschwunden lassen werden. Die Chausseewärter Ober-schlesiens sind im Lohn schlechter gestellt, als die übrigen schlesi- schen Wärier. Die Arbeitgeber lehnen im letzten Jahre Erhöhungen schon der Begründung ab, daß die Löhne in der Privatindustrie auch zu niedrig seien. Das öffentliche Behörden der Selbsttätigkeit der ober- schlesischen Industrie im Interesse des deutschen Volkes entgegen- zuarbeiten müssen, um durch unternormale Löhne die Kaufkraft im Lande zu heben, zu dieser Erkenntnis konnten sich die Arbeit- geber nicht aufschwingen. Es bedürfte des Spruches des Schlichters, um überhaupt eine leiblich allzu bescheidene Zulage zu erreichen. Dabei kommt noch in Betracht, daß die ober-schlesischen Kreisverwal- tungen bisher nicht das mindeste getan haben, um ihre Wärier vor gesundheitlichen Nachteilen zu schützen. Der Lohn ist nicht ausreichend, um dem Körper diejenige fröhliche Nahrung zu führen zu können, die er bei angestrengter Arbeit bedarf. Der Chausseewärter ist auf seiner Strecke allen Unbilden der Witterungsverhältnisse ausgesetzt und selbst nicht in der Lage, sich für solche Witterungsverhältnisse entsprechende Schutzkleidung zu beschaffen. Die Gemeindeverwaltungen haben die Berechtigung der Vierung solcher Schutzkleidung durch die Arbeit- geber als selbstverständlich anerkannt. Die Chausseewärter sind sich einig darüber, daß auch für ober-schlesischen Schutzkleidung von den Kreisverwaltungen zu gewähren ist. Die Konferenz, die von allen Kreisen stark besucht war, nahm daher folgende Ent- scheidung an:

„Die am 8. August d. J. im Gasthaus zur Eisenbahn in Oppeln versammelten Vertreter der Chausseewärter aller ober-schlesischen Kreise erklären: 1. Die Chausseewärter Ober-schlesiens können trotz der Ablehnung ihres Antrages auf Schaffung einer generellen Ruhe-lohnordnung auf eine solche nicht verzichten. Sie beantragen nach wie vor in dieser Hinsicht wie die Beamten behandelt zu werden in dem Bewußtsein, daß sie im Interesse ihrer Kreise genau so ihre Pflicht erfüllen wie die Beamten. 2. Weiter wird die Verbandsleitung beauftragt, beim Arbeitgeberverband die Schaffung von Schutzkleidung zu beantragen. — Die Chausseewärter sind sich einig, daß sie ohne Organisation von ihren Arbeitgebern vorbild- liche soziale Leistungen nicht erwarten können und geloben auf alle neue, treu und fest zum Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter auch in Zukunft stehen zu wollen.“

Aus unserer Bewegung

Emmerich. Dort, wo der Rhein deutsches Land verläßt, um Holland zu durchfließen, unweit der Staute, die Lohengrinlage historische Bedeutung gab, liegt das reizende Städtchen Emmerich. Vor Jahren bestand in diesem Ort eine gut funktionierende Filiale unseres Verbandes. Christliche Indusstämme, unterteilt von dem Terror der Manzel, zerstückte die Geschlossenheit der dortigen Ge- meindearbeiter. Wer seine Existenz nicht gefährden wollte, schreite unserer Organisation den Rücken und schloß sich ungenügend der christlichen Gewerkschaftsbewegung an. Die Freude im deutschen Vater über diesen „erlangten Erfolg“ war jedoch nicht von langer Dauer und mit überholener Zeit ist die große Mehrheit der dort beschäftigten Arbeiter organisationslos. Diese lange Zeit war für die dortigen Kollegen unendlich eine Zeit der Scham und Ent- fahrung. Viele Gemeindeglieder lernten die große Gefahr der Schuldschuld am eigenen Leibe erkennen. Das soll nunmehr

anders werden. Am 6. August haben die Emmericher Gemeinde- arbeiter in einer gut verlaufenen Versammlung einstimmig den Beschluß gefaßt, wieder eine Filiale des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter zu gründen. Hoffen wir, daß ein erneuter Versuch, die Emmericher Gemeindearbeiter unserer Organisation zu entfremden, fehlschlagen wird.

Spremberg. In der Generalkonferenz am 29. Juli be- richtete Gauleiter Müller über: „Abchluss des RMZ.“ In der Diskussion wurde der neue Reichsmanteltarifvertrag lebhaft kritisiert. Der Filialvorstand bekam den Auftrag, dem Verbandsvorstand in einer Resolution die Unzufriedenheit der Kollegenschaft mit dem RMZ. auszudrücken. — Kollege Engert gab dann den Kartell- bericht und Kollege Kaff den Bericht von der Vorstandskonferenz der freien Gewerkschaften. Dann folgte der Kassenbericht des Kol- legen Stula vom zweiten Quartal. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug 706,22 M., die Ausgabe 77,60 M. Dem Hauptvorstand wurden in bar überwiefen 628,62 M. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 896,64 M., die Ausgabe 391,20 M. Es bleibt ein Kassen- bestand von 505,44 M.

Internationale Rundschau

Belgien. Der vom 31. Juli bis 2. August 1926 abgehaltene Kon- gress des Belgischen Gewerkschaftsbundes, auf dem J. Saffenbach den ZGB. vertrat, befaßte sich mit der Frage der Schaffung einer großen zentralen Widerstandskasse und dem Kampfe gegen den Faschismus. Hierzu referierte Bondas, der an die bereits auf dem Kongress des Jahres 1925 geführten Besprechungen erinnerte und feststellte, daß die jetzigen Anordnungen auf diesem Gebiete unzulänglich und unbillig seien. Die Beitragszahlung bei Kon- flikten sei nicht willkürlich, so daß die zur Verfügung stehenden Mi- ttel stark schwanken. Bei der Diskussion zeigte es sich, daß sich viele Organisationen ansehnlich der unsicheren Verhältnisse zurzeit nicht für die Gründung einer zentralen Streitkasse finden lassen. Aus diesem Grunde wurde der Vorstoß bis auf weiteres an die Exekutive zurückverwiesen. Dagegen wurde die Exekutive für den Fall von Konflikten zur Erhebung besonderer Zuwendungen von den angeschlossenen Organisationen und zur Festlegung der Höhe dieser Beiträge ermächtigt. Über den „Kampf gegen den Fa- schismus“ sprachen de Vlaeminck und de Broeckere. Beide traten energisch für die Festigung und den organisatorischen Aus- bau der Arbeiterwehren ein. Der Kongress beschloß einstimmig die moralische und finanzielle Stärkung dieser Arbeiterorganisationen. Ferner wurde die auf dem außerordentlichen Kongress vom 31. Jan- uar angenommene Resolution, in der die Zusammenarbeit mit dem ZGB. im internationalen Kampf gegen den Faschismus beschloßen wurde, bestätigt. In diesem Zusammenhang empfahl der Kongress auch die weitestgehende Organisation der Arbeiterjugend im Zu- sammenhang mit den Gewerkschaftskartellen, dem Gewerkschafts- bund und den sozialistischen Jugendorganisationen. Endlich wurde das Nationalkomitee des Gewerkschaftsbundes beauftragt, drei seiner Mitglieder in die Leitung der Arbeiterwehren abzuordnen. In der Frage der Entwertung des belgischen Franken empfahl der Kon- gress eine sofortige Zahlungnahme mit der Exekutive der Belgischen Arbeiterpartei zur gemeinsamen Ausarbeitung einer Formel, durch die vermieden würde, daß die Lohnsteuer nicht infolge der Geld- entwertung zu stark auf die Arbeiter drückt. Ebenfalls im Hinblick auf die Geldentwertung legte sich der Kongress für die Erhöhung des steuerfreien Einkommens sowie der Arbeiterpensionen ein.

Rundschau

Ein gewerkschaftliches Ferienheim. Der Ortsauschuss Leipzig des ZGB. hat im Frühjahr ein Mühlengrundstück in Thüringen erworben und es umgebaut zu einer Heimstätte für Erholungsuchende und Wandernde. Ferienheim Neumühle ist der Name. Es liegt im idyllischen Feiggrund bei Stadtrada (Bahnstrecke Gera—Weimar und ist vom Bahnhof Stadtrada auf schönen Waldwegen in 35 Minuten zu erreichen. Weit und breit ist sonst kein Haus zu sehen, Wald und Weide, Acker und Wälder. Das Ferienheim hat 34 Fremdenzimmer mit 63 guten Betten, behagliche Garräume und Veranden am rauschenden Mühlbach. Ein heller, freundlicher Saal für 70 Personen eignet sich zur Abhaltung von Meetings. Vom 11. bis 18. Juli wurde bereits ein Ferienkurs unseres Verbandes dort abgehalten. Ein Bad ist vorhanden; ebenso eine Dunkelkammer für Amateurphotographen. Ein Lesezimmer enthält belebende und gute unterhaltende Literatur. Alle Räume haben Zentralheizung und elektrisches Licht. Eine Jugendherberge für 30 Personen dient der Gewerkschaftsbund zur Unterkunft und Verpflegung. Alle Ge- werkschaftsorganisationen mit ihren Angehörigen sind im Ferienheim Neu- mühle willkommen. Interessierten erhitzen jede gewünschte An- frage durch den Ortsauschuss des ZGB. Leipzig, August Str. 42.

Beim Abdruck dieses Artikels wurde die Redaktion durch den Verbandsrat in Kenntnis gesetzt. Der Artikel ist im Original in der Zeitschrift „Die Gewerkschaft“ vom 20. 8. 1926, S. 12, erschienen.

• **Eingegangene Schriften und Bücher** •

Mutter und Säugling in der Gesetzgebung. Von Luise Schröder, W. d. N. Verlag J. H. W. Diez Nachf. 40 Seiten stark, Preis 40 Pf.

Das Buchlein kann der Frau, die über die Konflikte der Mutterschaft im kapitalistischen Staat nachgrübelt, die für Frauenrecht und Freiheit kämpft, Wegweiser sein. Nach einer kurzen, klaren, von tiefer Frauensolidarität zeugenden Einleitung gibt uns die Schrift einen Überblick vom Kindersterben und Stichtum in Deutschland, zeigt uns unter Hinweis auf die Statistik, wie Frauenkraft und Frauengeld vergeudet wird. Die deutl. Sozialdemokratie ist es gewesen und die Gewerkschaften, die für das Verbot der Frauenarbeit in gesundheitsgefährlichen Betrieben und für einen gesetzlichen Schwangeren- und Wöchnerinnenschutz eingetreten sind. Und das alles zu einer Zeit, als bürgerliche Frauenrechtlerinnen einen sozialen Frauenschutz noch als Eingriff in die Freiheit der Frau zurückwiesen. Von 1877 bis zum Ausbruch des Krieges, ganz besonders 1910 und 1911, führten die Gewerkschaften auf ihrem außerordentlichen Kongress und die Sozialdemokratie im Reichstag einen jähen Kampf um die Mutterschaftsversicherung. Erst im Kriege, unter der Einwirkung des großen Sterbens, brach das Eis. Man konnte durch die Reichswochenhilfe zwar keinen Ausgleich gegenüber dem Wahnsinn des Krieges schaffen, es wurde aber für die Zukunft mit dem alten Grundgesetz getroffen, daß dem Staat die Geburtenfrage nichts angeht. Sehr wichtig für die Frau ist die Zusammenfassung dessen, was in der Republik an Schutz- und Unterhaltungsbestimmungen für die Arbeiterin und Hausfrau vorhanden ist und was die deutsche und die internationale Arbeiterbewegung weiter fordert.

Jreiljahrsoberblick (Freiwo) der Deutschen Reichsbahngesellschaft nebst Ausführungsbestimmungen (H. B. Freiwo) und Erläuterungen nach dem Stande vom 1. April 1926. Volkstrakt Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin W. 35, Kurfürstenstraße 146/147. Preis 1,50 RM.

Die Schrift ist für Reichsbahnbeamte, -angestellte und -arbeiter sehr wertvoll, weil sie alle Vorschriften mit Kommentar darüber enthält, bei welchen Gelegenheiten die Reichsbahnbediensteten volle Fahrt beanspruchen können.

Soziale Bauwirtschaft. Monatlich 2 Hefte. Bezugsgebühr für Gewerkschafter monatlich 0,50 RM. Die Zeitschrift der von den Gewerkschaften ins Leben gerufenen deutschen Bauhüttenbewegung enthält in ihrer Nr. 14 einen Aufsatz von Professor Frank über die Erziehung zum Architektin. In der Klare, durch Bilderbeigaben unterstützten Darstellung werden die Arbeiten zweier Künstler einander gegenübergestellt, um die Entwicklungslinie in der Architektur zu zeigen. Nr. 15 enthält einen ausführlichen Bericht über den ostpreussischen Bauhüttenkongress sowie zwei auf ihm gehaltene Vorträge von Ingenieur Krobe und dem Bauhüttengeschäftsführer Jaeger, die eine rationale Bauwirtschaft betreffen. In beiden Nummern werden auch die neuerdings wieder zunehmenden ungerechtfertigten Angriffe der privaten Bauunternehmer kritisch auf ihren wahren Wert zurückgeführt. In den angeführten Fällen haben sich die Angreifer nicht gehalten, den Bauhütten Vorkommnisse zur Last zu legen, die Privatunternehmer betreffen, nur um die Bauhütten in der Öffentlichkeit herabzusetzen. Dazu kommt in Nr. 14 ein interessanter Bericht über die Bauhütten in Palästina, und in Nr. 15 die Beschäftigtenstatistik der deutschen Bauhütten, nach der im Monat Juni 1926 in 170 Betrieben 18 983 Arbeiter und Angestellte tätig waren, mithin je Betrieb 115. Der übrige Inhalt leuchtet in den Jreiljahren der heutigen Wirtschaftsordnung.

Zerst aus der Geschichte! Es ist ein bedauerlicher Mangel in der Arbeiterbewegung, daß zahlreiche Genossen ihre eigene Geschichte nicht genügend kennen und deshalb oft nicht in der Lage sind, den Grad des Erreichens am geschichtlichen Entwicklungsgang zu messen und andererseits die Erfahrungen der Geschichte für die Praxis der Gegenwart nutzbar zu machen. Um diese Lücke auszufüllen, bringt die vom Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit herausgegebene „Bücherwarte“ in jeder Nummer einen umfassenden Artikel, in dem die Geschichte der einzelnen Gebiete der Arbeiterbewegung behandelt wird. Nachdem in den vorhergehenden Nummern die sozialistische Jereingeshichte, die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, der deutschen Gewerkschaften usw. behandelt wurde, bringt das Augustheft einen umfangreichen Artikel von Eiman Kasperlein „Die deutsche Genossenschaftsbewegung“, in dem das Wesen und Werden der deutschen Genossenschaften sowie die verschiedenen Strömungen auf diesem Gebiet behandelt werden. Zahlreiche Literaturangaben, die sich bis in die jüngste Zeit erstrecken, erhöhen den Wert dieses Aufsatzes, der sicherlich nicht nur die in der Genossenschaftsbewegung tätigen Genossen, sondern darüber hinaus auch weiteren Kreisen willkommen sein dürfte. — Dasselbe Ziel der Vertiefung der sozialistischen Erkenntnis und der Juredführung auf die geschichtlichen Quellen verfolgt der Aufsatz von Franz Rihs „Sozialistische Führer“ in dem als Beilage zur „Bücherwarte“ mit herausgegebenen Augustheft der „Arbeiterbildung“. Rihs läßt die bedeutendsten Führer des deutschen und internationalen Sozialismus, soweit ihre Lebensschilderungen in deutscher Sprache vorliegen, Revue passieren. Er gibt damit einen fargen geschichtlichen Überblick des Sozialismus, verknüpft in den großen Rännern, die der modernen Arbeiterbewegung Ziel und Richtung gegeben haben. Namentlich die jüngeren Genossen werden viel aus diesem Artikel lernen. — Neben den genannten Aufsätzen enthalten „Bücherwarte“ und „Arbeiterbildung“ noch eine Reihe aktueller Artikel, die dem

in der praktischen Arbeit lebenden Genossen wertvolle Fingerzeige geben. H. Catermans liefert eine Vortragsdisposition zum Thema „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit“, H. Stein macht praktische Vorschläge zur Organisation der Bildungsarbeit im bevorstehenden Wintersemester, W. Fischer-Bodum behandelt das jetzt besonders aktuelle Thema „Rundfunk und Arbeiterklasse“. In zahlreichen Buchbesprechungen werden in der „Bücherwarte“ die wichtigsten Neuerscheinungen aus dem Gebiet der Auswärtigen Politik, Erzählenden Literatur, Kunst und Architektur, Länder- und Völkertunde, Naturkunde, Politik, Statistik, Völkerrecht und Volkswirtschaft besprochen. — Die „Bücherwarte“ mit Beilage „Arbeiterbildung“ ist zum Preise von 1,50 RM. für das Vierteljahr durch die Post oder Buchhandlung zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 Pf. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 2, stellt Probenummern gern zur Verfügung.

Neues Sonderangebot!
Die Werke der großen russischen Dichter

Leo Tolstoj

Kindheit, Knabenjahre, Jugendzeit. 1 Band • Krieg und Frieden. 4 Bände • Anna Karenina. 2 Bände • Auferstehung. 1 Band • Erzählungen 1852—1856. 1 Band • Erzählungen 1856—1861. 1 Band • Erzählungen 1861—1903. 1 Band • Erzählungen 1903—1910. 1 Band • Volkserzählungen 1872—1909. 1 Band • Dramen. 1 Band.

F. M. Dostojewski

Ein Werdender. 2 Bände • Die Dämonen. 2 Bände • Der Idiot. 2 Bände • Aufzeichnungen aus einem Totenhaus. 1 Band • Erniedrigte und Beleidigte. 1 Band.

Beste und vollkommenste Uebersetzung — Auf holzfreiem Papier Sehr guter Ganzleinen-Einband — Umfang durchschnittlich 560 S. Jeder Band statt 7,50 Mk. nur 5,75 Mk.

Bei größeren Bestellungen gewähren wir Ratenzahlung

Abteilung Bücher und Schriften
Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter
Berlin SO 33, Schönebergstraße 42

Salamander
Fußarzt
für empfindliche Füße
Der Schuh für Eisenbahner
Gepäckträger und Arbeiter

Salamander



Größte Produktion der Welt!

FAHRER

Sonderangebot!

Romane von Anatole France

- Thais.** Roman. Uebersetzt von Felix Vogt. 223 S.
- Die Braküche zur Königin Pedauque.** Roman. Uebersetzt von Paul Wiegler. 314 S.
- Komödiantengeschichte.** Roman. Uebersetzt von Heinrich Mann. 215 S.
- Auf dem weißen Felsen.** Roman. Uebersetzt von Gertrud Piper. 205 S.
- Die Götter dürsten.** Roman. Uebersetzt von Friedrich v. Oppeln-Bronikowski. 320 S.
- Der Aufruhr der Engel.** Roman. Uebersetzt von Rudolf Leonhard. 327 S.
- Peter Nozière.** Roman. Autorisierte Uebersetzung von Beatrice Sacks. 259 S.
- Die Schnsucht des Johann Servien.** Roman. Uebersetzung v. Beatrice Sacks. 183 S.
- Clio.** Historische Miniaturen. Uebersetzt von Wilhelm Stein. 126 S. **Balthasar.** Novellen. Uebersetzt von F. Gräfin zu Reventlow. 209 S.
- Die Perlmutterdose.** Novellen. Herausgegeben von Otto M. Mittler. 199 S.
- Der Brunnen von Santa Clara.** Novellen. Uebersetzt von Beatrice Sacks. 249 S.
- Blaubarts sieben Frauen.** Novellen. Uebersetzt von Friedrich von Oppeln-Bronikowski. 204 S. **Die Erzählungen des Jaques Tournebroke.** Uebersetzt von Friedrich von Oppeln-Bronikowski. 112 S.
- Die Romane der Gegenwart.** Ein Zyklus von vier Romanen. Uebersetzt von Irene von Guttry.
- Die Ulme am Wall.** Roman. 226 S.
- Die Probierpuppe.** Roman. 225 S.
- Der Amethystring.** Roman. 271 S.
- Professor Bergeret in Paris.** Roman. 259 S.

Preis RM. 2,50 für das in Halbleinen gebundene Exemplar.
Abteilung Bücher und Schriften BERLIN SO 33
 Schlesiische Straße 42

Günstige Teilzahlung zu Kassapreisen

in Herren- und Damenbekleidung
 Enorm billig! Sehr große Auswahl!
Jackett-Anzüge • Schlüpfer • Gabardine-Mäntel
Regenmäntel • Hosen (F)
 alles in bester Verarbeitung
Lipkowitz & Co. Kommand-Ges., Berlin, Münzstraße 18¹ an der Kaserne
 Spezialhaus für gute Herren- und Damenbekleidung.

PREISAUSSCHREIBEN

URANIA

Monatshefte f. Naturekenntnis u. Gesellschaftslehre
 Vierteljährl. 3 Hefte m. brosch. Buchbeig. Ausg. A 1,60
 m. In Ganzl. geb. „ B 2,25

Prämien im Werte von 1000 Mark
 in bar und Bücherpreisen

Verlangen Sie noch heute Gratis-Exemplar der
 neuesten Veröffentlichung (Heft 11) u. Werbematerial,
 damit Sie sich über Näheres informieren können.

URANIA-VERLAGSGESELLSCHAFT M.B.H.
 JENA, SPITZWEIDENWEG 7/9

Qualitäts - Instrumente

(F) **aller Art**
 Schallplatten
 Reichste
 Auswahl
 Katalog
 gratis



Lederers Musikwaren-Versand, Leipzig 24, Kreuzstr. 12

Sobem erschien das große Kassettenwerk:

Berliner Geschichten und Bilder

Vier Bände in Großquart-Format (19 1/2 x 26 cm) auf bestem
 holzfreien Papier gedruckt, jeder Band in Ganzleinen (mit
 Goldpressung) gebunden, in gemeinsamer Kassette ver-
 einigt, mit etwa 100 Seiten Text und 550 Bildern im Offset-
 und Kupfertiefdruckverfahren von

Heinrich Zille / George Grosz / Kaethe Kollwitz
 Preis der Kassette: Mk. 38,—

Inhalt der Kassette: Erster Band: H. Zille, Berliner
 Geschichten und Bilder / Zweiter Band: H. Zille, Zwischen
 Spree und Panke / Dritter Band: George Grosz, Spießer-
 Spiegel / Vierter Band: Das Kaethe Kollwitz-Werk.

Die Bände sind auch einzeln lieferbar und kosten
 Band I Mk. 8,—; Band II Mk. 10,—; Band III
 Mk. 13,—; Band IV Mk. 7,— (F)

Zu beziehen durch
Abteilung Bücher und Schriften
 Berlin SO 33, Schlesiische Straße 42